Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil „Hefte und Sackereis" und die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Gruß Wittmack, Magdeburg. Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschluß 1150. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2,10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27.

Nr. 10. **Halle, Dienstag den 12. Juni 1917.** **1. Jahrgang.**

Kongreß der Völker.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" hat nach Stockholm den Genossen Professor Lido M. Hartmann entsandt. Dieser schreibt unter dem Eindruck der ersten Verhandlungen und Besprechungen seinem Blatt über die Aufgaben des jungen Rußlands das Folgende:

Von Rußland ist die große Wandlung ausgegangen, die Europa seit den Märztagen ein andres Antlitz gibt. Die Wandlung und die große Hoffnung. Was immer der erste Anstoß zur Revolution gewesen sein mag, was immer für Motive die Männer bewegt haben mögen, die zuerst an der Spitze der Sturmkolonnen standen, sie selbst wurden überrannt und fast plötzlich stand vor der erstaunten Welt jenes junge Rußland, das von seinen Denkern schon längst erträumt, in der ersten Revolution für einen kurzen Augenblick in die Erscheinung getreten, denn seit einem Dezennium wieder verschüttet schien.

Und das Wunder der Wandlung vom Zarismus zur Demokratie wirkte in die Ferne über die weiten Grenzen des Riesenreichs hinaus. Die Völker wendeten ihren Blick wieder gegen Osten. Sogar die Regierungen waren gezwungen, vor der neuen Erscheinung ihre Verbeugung zu machen. Eine vollständige

Verschiebung der Machtverhältnisse

und der Perspektiven war die Folge. Die fortgeschrittenen Elemente in allen Ländern glaubten einen neuen Bundesgenossen gewonnen zu haben. Die Ententemächte, die trotz ihrer demokratischen Redensarten als Bundesgenossen des Zaren und des imperialistischen Zarismus in den Kampf getreten sind, standen vor der Frage, ob es ihnen nun Ernst werden sollte mit den demokratischen Grundsätzen.

Rußland ist durch seine Entwicklung ein welthistorischer Beruf zugefallen. Wird sich das junge Rußland behaupten? Wird es seinen Beruf erfüllen? Die beiden Schicksalsfragen sind eng miteinander verknüpft. Jede der beiden Fragen ist die Voraussetzung der andern. Denn nur wenn das neue Rußland trotz aller Versuche der reaktionären und militaristischen Parteien im Innern aufrecht bleibt, kann es für Europa der Bote einer bessern Zukunft werden, und nur wenn es nicht selbst imperialistisch wird, kann es sich selbst treu bleiben. Imperialismus und Sozialismus sind unvereinbar.

So war das erste Wort des jungen Rußlands, als es sich halbwegs gefestigt sah, die Absage an den kriegerischen Imperialismus, an die alten panslawistischen Ideale der Nachfolge des byzantinischen Kaisertums, der Verzicht auf Konstantinopel. Es schrieb im Gegensatz dazu auf seine Fahnen das neue Ideal, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Der Friede sollte an die Stelle des Krieges, der demokratische Friede an die Stelle des zaristischen, der sozialistische an die Stelle des kapitalistischen, der Verständigungsfriede an die Stelle des Prestigefriedens treten. Das Ziel wurde deutlich erkannt. Den Worten muß die Tat folgen. Die Stockholmer Konferenz soll der

Wiener Kongreß der Völker

werden.

Das Gelingen liegt in der Hand des jungen Rußlands. Durch seine besondere Lage ist es heute gleichsam die Exekutive der europäischen Demokratie geworden. Seine Friedensformel ist von den Zentralmächten für den Osten angenommen worden. Die Sozialisten der Zentralmächte wie der neutralen Länder beschicken die Stockholmer Konferenz. Da erheben sich Schwierigkeiten bei den Ententemächten, die sich noch durch ihre Vergangenheit gebunden fühlen, während das junge Rußland seine Vergangenheit überwunden hat. Die Reden Ribots haben bei allen Imperialisten aller Länder ihr Echo gefunden, die Verteidiger des Alten von Ribot bis Reventlow finden sich zusammen gegen die Demokratie im eignen und im fremden Lande.

Nun ist es Rußlands Aufgabe, gegen die Mächte, mit denen es verbündet ist, einzuschreiten. Es bedarf dazu nicht der Waffen, denn es hat der Mittel genug, um auf seine bisherigen Genossen einzuwirken. Gewiß, es will das Gleichgewicht der Waffen nicht durch einen Separatfrieden aufheben, weil durch ihn der Krieg verlängert werden könnte, weil es meint, daß dann bei den Zentralmächten die imperialistischen Strömungen die Oberhand gewinnen könnten. Aber die russische Demokratie kann sich

nicht durch die Verträge gebunden

erachten, die vom Zaren zur Erreichung imperialistischer Ziele abgeschlossen worden sind. Rußland hat sein Selbstbestimmungsrecht wiedergewonnen und wird es auch nicht um finanzielle Gnaden von Seite der Westmächte verkaufen; um Gnaden, die schließlich für die Westmächte gefährlicher werden können als für Rußland selbst.

Unter dem Drucke Rußlands werden die Westmächte der Zusammenkunft in Stockholm auf die Dauer keine papiernen Hindernisse bereiten können, um so weniger, da Rußland selbst nunmehr die Delegierten nach Stockholm ernannt hat. Welch eine Rolle für Frankreich und England — von Amerika gar nicht zu sprechen —, wenn sie sich in dem Moment diplomatisch von Rußland trennen, in dem dieses einen demokratischen Frieden verlangt! Und wie wollen die Regierungen von Frankreich und England, denen Sozialisten angehören, auf die Dauer vor ihrem Volke, vor der Arbeiterklasse bestehen, wenn die Konferenz von Rußland und den Sozialisten der Zentralmächte und der Neutralen beschickt wird und in Abwesenheit von englischen und französischen Deegierten tagt! Gesetzt den Fall, daß diese Rumpfkonferenz zu einer allgemeinen Uebereinstimmung gelangt, Annexionen und Kontributionen verwirft und Grundzüge einer internationalen Reglung der Sozial- und Handelspolitik, des Verkehrs- und Rechtslebens entwirft, das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennt und eine Interventionspolitik verwirft — werden dann die Westmächte weiterkämpfen können gegen diese Ideale, die doch angeblich bisher ihre eignen gewesen sind?

Rußland hat durch seine Revolution das Recht, aber auch die Pflicht übernommen, nicht mit dem Schwerte, aber mit unblutigen Mitteln die Exekutive des Weltfriedens zu werden auf dem Kongreß der Völker, der in Stockholm anhebt. —

Durch Dänemark.

Der Schnellzug fliegt durch die Ackerlander der Norddeutschen Tiefebene. Die blauen Seen Mecklenburgs tauchen aus dem Grün der Saat auf, aus dem doppelt wahren Hoffnungsgrün dieses Jahres: Hoffnung auf gute Ernte, Hoffnung auf das Ende des Völkerleidens.

Kleiner wohl als sonst sind die Weideflächen, aber noch genug schwarzweiß gestreiftes Rindvieh trifft mit Wohlgefallen der Blick der auf einmal zu Liebhabern der Landwirtschaft gewordenen Städter. Noch viele muntere Kälber erfreuen das Auge derer, die zur Erholung ins gepriesene Mecklenburg oder auch nur ein, zwei Stationen weit fahren, um irgendwelche Zuschüsse zu den Rationen Groß-Berliner Lebensführung zu holen. Berliner, die mit dem Schnellzug auf die Kartoffeljagd fahren, Schulmädel mit dem leeren Rucksack auf einen halben Tag zum Onkel Präsig — ja, wir sind im Aushungerungskrieg.

Junge Fohlen springen um die arbeitenden Mütter. Die Bauernfrauen schaffen im Feld. Und die große Ruhe liegt über Mecklenburg und seinen gelassenen Menschen. Da will auch unsre Maschine nicht weiter hetzen und läßt die Arbeit stehen. Erst noch einer Stunde und dank den Bemühungen einiger Hilfslokomotiven geht es aus der fruchtbaren und konservativen Gegend von Güstrow weiter, indes die Badereisenden betrübt die Aussichten erwägen, ob sie noch zum Mittagbrot in die Pensionen kommen können, die ihnen so warm empfohlen worden sind. Natürlich in der Hauptsache vom Verpflegungsstandpunkt.

Nun vorbei am alten Rostock, rasch ein Blick auf Warnemünde und schon geht's in das

Geheimkammerverfahren der Grenzüberwachung

hinein. Der Zollbeamte scheint nicht sehr damit zu rechnen, daß wir verbotene Nahrungsmittelausfuhr betreiben könnten. Dann nun unsre Landstürmer ihre Pflicht bis aufs „tz" ihrer Vorschriften. Bei aller Genauigkeit wird doch wieder zur Eile gedrängt, damit der Anschluß nicht versäumt werde.

Man fährt jetzt nicht ohne wichtigen Grund ins Ausland, und wollte man es selbst, es haben andre zu entscheiden. Die freie Willensbestimmung „So, jetzt gehe ich mal nach Skandinavien" ist gründlich aufgehoben. Man hat uns von der Welt abgesperrt, so mußte Deutschland auch von innen den Riegel vorschieben. Aber für uns ist er zurückgezogen, und so geht es denn auf die Fähre.

Die dänische Zollrevision ist kurz und freundlich und schon weist uns jemand zur Brotkartenausgabe: 350 Gramm für den Reisetag, davon 100 Gramm „Franzbrot", was nichts andres als weißestes Weißbrot oder Mürbebrötchen bedeutet. Beide — wie wir bald sehen — weitaus leckerer als der schönste Kuchen in Berlin von heute. Während sich die Fähre leicht wiegend in Bewegung setzt, treibt uns die Essenszeit in den Speisesaal, und obgleich wir gerade die deutsche Fähre erwischt haben, die mit der dänischen abwechselt, und obwohl wir, technisch-rechtlich betrachtet, im Speiseraum der großherzoglich mecklenburg-schwerinschen Staatseisenbahnen, also wohl noch im Bereich des Herrn von Breitenbach sitzen, wird mit einer eindrucksvollen Selbstverständlichkeit

ein Essen aufgetragen,

das an Menge und Zubereitung entschieden sehr wesentliche Vorzüge aufweist. Noch dürften wir die Dreimeilenzone der deutschen Seehoheit nicht verlassen haben, und schon haben alle die Stellen und Maßnahmen vom Herrn von Batocki bis zur Kartoffelkarte ihre Macht über uns restlos verloren. Und die Brotkarte, die uns übrigens auch ein ganz andres Rugbrot (Schwarzbrot) verschafft, als es das Land itzt, das jetzt hinter uns in der Bläue verschwindet, bleibt in Dänemark die einzige Ernährungsregel, die uns mit dem Weltkrieg noch verbindet.

Da hören wir auch schon den melodischen Gesang einer Heulboje und über dem leicht bewegten grünen Wasser taucht der Leuchtturm von Gjedser auf. Nicht wenige Frachtschiffe sind vorbeigezogen, ganz hinten scheint eine lange Rauchfahne die schnelle Fahrt eines deutschen Bewachungsfahrzeugs anzudeuten. Ueber dem gelben Sande heben sich weiße Häuser, grüne Wiesen, Schiffsschornsteine aus der besonnten Glut: wir sind im Hafen, sind im bereitstehenden Zug,

sind in Dänemark.

Kein Soldat ist hier an der Grenze zu sehen, es ist alles fast wie im tiefsten Frieden. Ein Zivilist im Sportanzug, der unsre Pässe ansieht — das allein markiert die Grenzüberschreitung ins neutrale Königreich hinein.

Wir fahren über die Insel Falster: Marschen, Felder, Ostseebuchten. Das Wachstum scheint um ein bis zwei Wochen hinter dem deutschen Saatenstand zurück zu sein, die Obstbäume stehen noch in schönster Blüte. Kaum hat sich der Sinn auf das neue Land eingestellt, kaum haben wir die Unterschiede in der Einrichtung des Eisenbahnwagens bemerkt — die viersprachigen Aufschriften, dänisch, deutsch, englisch, französisch —, da sind wir auch schon auf der zweiten Fähre, die uns nach Madnesnö übersetzt. Da der Zug keinen Speisewagen hat, die Wagen übrigens auch nicht durch Gehrücken miteinander verbunden sind, wird auf dieser Fähre mit dänischen Kaffeesitten Bekanntschaft und schwärmerische Freundschaft geschlossen. Jene gelbe Sahne z. B., deren Einfuhr für uns nun auch aufgehört hat, steht hier auf allen Tischen, zu einem Kaffee, der noch nichts von seiner Ersatzbarkeit durch Rötzgetreide, geschweige denn durch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170612-10/fragment/page=0001

Runkelrüben weiß, und zu Gebäck, dessen Buttergehalt — nein, ich will die Leser nicht unglücklich machen.

Nach und nach kommen auf den Stationen auch Soldaten in Sicht. Fast alle in farbigen, oft farbenfreudigen Friedensuniformen, die denen der Oesterreicher, auch der Franzosen und Holländer ähneln. Aber auch die wenigen Feldgrauen, die man außer Dienst sieht, haben blanke Knöpfe. Das Heer ist zwar mobil, aber jener Schritt, der in den Großstaaten der Mobilmachung folgen müßte, jener letzte, in seinen Folgen von keiner Regierung, von keinem Volke, von keiner Heeresleitung übersehbare und übersehene Schritt ist Skandinavien erspart geblieben.

Der Blick fliegt über die große Insel Seeland — eine Eisenbahnbrücke hat uns hergetragen — und kann sich nicht losreißen von diesen

Bildern des Friedens,

Bildern zwar, wie sie auch im Hinterland der brüllenden, rauchenden, bluttriefenden Fronten zu schauen sind, dort aber doch immer unter dem bedrückenden Schatten des Krieges. Hier liegen unter der sinkenden Sonne, zwischen den tiefblauen Buchten, die weiträumig zerstreuten Einzelhöfe des Bauernlandes, nur wenige geschlossenere Stadtsiedlungen ab und zu. Oft grasen rotbraune Kühe in fast regelmäßigen Abständen linienmäßig auf den Marschen ausgerichtet, und in drolligen Sprüngen rennen die Kälber vor dem brausenden Luftzug des Schnellzugs davon. Er fährt übrigens mit deutscher Personenzugsgeschwindigkeit, denn Kohlen sind knapp im Lande Dänemark, weshalb alle Gastwirtschaften um 11 Uhr schließen und alle Fahrstühle außer Betrieb sind. Zwischen Koppeln und an Pfählen galoppieren Fohlen, und jetzt, wo das Fehlen der Bauernhöfe und häufigere Laub- und Mischwälder Großgrundbesitz anzeigen, jetzt sitzen gar Hasen ganz ruhig da und lassen den Zug vorübergleiten. Viel Unterholz im Walde, Strauchwerk zwischen den Stämmen, hegt die schönsten Fasanen; allein und zu Paaren treten sie auf Lichtungen und Wiesen heraus.

Der Abend sinkt schon, nach der Uhr gemessen, die wir um eine Stunde zurückgestellt haben, da man hier die „Sommerzeit" nicht mitmacht. Aber es ist noch taghell, da wir endlich an netten Vororten, Sportplätzen und Laubenkolonien vorbei

in Kopenhagen einfahren.

Ein flitzender Verkehr von Straßenbahnen nicht nur, sondern vor allem von leicht erlangbaren Autos, hier „Bil" geheißen, und von zahllosen Radfahrern erfüllt die alten engen Straßen und die großen Plätze der berühmten und geschichtsreichen Hauptstadt des Inselstaates. Nach einer melancholischen Betrachtung der Schaufenster, in denen wirklich alles daliegt, was Firmatafel und Reklameschild ankündigen, ein Abend am Außenhafen auf der „Langen Linie". Ueber die Festungsinseln, über Masten und Leuchttürme, auf denen oben Stand- und Blinkfeuer, gelbe und grüne, entzündet werden, geht der Blick in die dämmernde Ferne, wo Schweden ist. Dort drüben, zwei Stunden Seefahrt entfernt, liegt Malmö und zwölf Stunden Eisenbahnfahrt die Küste hinauf nach Nordost Stockholm, das Mekka des Friedenswillens — Stockholm die Hoffnung der Welt.

Ruhig liegt das weite Hafenbecken von Kopenhagen, das die rassenreinsten Germanen in ihren, dem Deutschen zwar stark verwandten, von ihm aber doch gewaltig verschiedenen Sprachen und in ihrer ganz unphlegmatisch raschen Rede „Kjöbnhawn" aussprechen. Drüben im Ueberseehafen zeigen große Kauffahrer weithin in weiß und rot das Kreuzwappen Dänemarks, dessen Neutralität durch nichts sichtbar angetastet oder gar verletzt wird. Ein graues dänisches Kriegsschiff liegt gegenüber den Segelyachten unter Dampf, zum Auslaufen bereit: ein Zerstörer. Aber Dänemarks Kriegsflotte ist nicht genötigt, ihr Land zu verteidigen und zu erhalten, indem sie irgend etwas zerstört.

Während ich sinne, verloren im Anblick des nur noch von den Blinkfeuern der Leuchttürme belebten, in seiner Stille ergreifenden Bildes dieser Reede einer meerfrohen Hauptstadt, mischt sich in die melodisch abgestuften Töne einer in der Stadt schlagenden Turmuhr ganz nahe froher Gesang und heiteres Lachen: junge Frauen und junge Männer, die trotz der Mobilmachung ihr Zivilleben weiterleben, die Jugend eines Landes, das sich nicht damit abzugeben braucht, allerhand „Ersatz" für das zu suchen und zu bieten, was den Menschen unentbehrlich ist, eines Landes, das ruhig und regelmäßig im Frieden atmet. —

-cb-

Was der Krieg bringt.

Krise in Spanien.

Der liberale Ministerpräsident Garcia Prieto hat den Rücktritt des Kabinetts eingereicht.

Dieses Kabinett folgte dem liberalen Ministerium Romanones am 19. April d. J. Romanones hatte seine Entlassung eingereicht, weil sein Vorschlag im Ministerrat, die internationale Lage vor die Volksvertretung zu bringen, d. h. das Parlament zum Eingreifen in den Krieg auf der Seite der Verbandsmächte zu veranlassen, im Ministerrat auf Widerspruch stieß.

Prieto hat sich trotz seiner Sympathien für Frankreich, die er nie in Abrede stellte, als Ministerpräsident nach außen hin einer neutralen Haltung befleißigt. In der kurzen Zeit seiner Ministerpräsidentschaft hat die Entente ihre Versuche, Spanien zur Aufgabe dieser Neutralität zu veranlassen, verdoppelt. Die extrem-radikalen Elemente in Spanien haben diese Bemühungen unterstützt. Es ergaben sich aus dieser Agitation schwere Konflikte zwischen den Ententepropagandisten und der Regierung; auch innerhalb der militärischen Kreise ist eine starke Bewegung gegen die Regierung entstanden.

Es gärt beträchtlich in Spanien. Die Agenten der Entente sind eifrig tätig, um die Pyrenäische Halbinsel aus der Neutralität auf die Seite des Elfverbandes zu ziehen. Von dem neuen Ministerium wird viel abhängen. —

* * *

Der Seekrieg.

Ueber 47000 Tonnen neu versenkt. Der deutsche Admiralstabschef gibt bekannt: 1. In den nördlichen Sperrgebieten sind 19 100 Brutto-Registertonnen Schiffsraum vernichtet worden. 2. Neue U-Boot-Erfolge im Mittelmeer: Mehrere Dampfer und Segler mit 28 150 Brutto-Registertonnen wurden versenkt. Die Namen der vernichteten feindlichen Schiffe ließen sich nur in zwei Fällen feststellen, bei dem italienischen Dampfer „Agragas" (850 Br.-Reg.-To.) und dem bewaffneten englischen Dampfer „Rosebank" (3837 Br.-Reg.-To.); ebenso blieben die Ladungen der meisten Schiffe unbekannt. Ein Dampfer hatte 4000 Tonnen Kohle für Italien geladen. —

Versenkt und gesunken. Die dänische Gesandtschaft in London drahtet: Der dänische Dampfer „Harald Klitgaard", von England nach Dänemark mit Kohlen, ist in der Nordsee versenkt worden; der Schiffskoch ist umgekommen. — Der dänische Fischkutter „Orion" aus Esbjerg ist beim Fischen an der dänischen Nordseeküste in der Nähe des Bylseuerichifts auf eine Mine gestoßen und untergegangen, die aus drei Mann bestehende Besatzung ist umgekommen. Laut „Stockholms Tidningen" ist der Helsingborger Kohlendampfer „Anton" mit 1050 Registertonnen auf dem Wege von England nach Gotenburg am 6. Juni versenkt worden oder auf eine Mine gelaufen. Das Schiff fuhr im englischen Geleitzug. „Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Nach einem Telegramm aus Helsingfors sind vor Raumo die zwei schwedischen Segelschiffe „Helene" und „Aida" von deutschen U-Booten versenkt worden. Ein drittes Schiff wurde angehalten, erhielt jedoch Erlaubnis, mit den Besatzungen der beiden versenkten Schiffe die Reise nach Raumo fortzusetzen. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet, daß der Dampfer „Gendijk" torpediert und gesunken ist. Ein Boot mit dem Kapitän und elf Mann ist auf den Shetlandsinseln gelandet. Von dem zweiten Boote liegt noch keine Nachricht vor. Das Schiff war auf der Reise von Amerika und führte eine Ladung von etwa 5000 Tonnen Roggen, Hafer und Mais für die niederländische Regierung. Nach dem Lyoner „Républicain" wurde in Le Havre die Mannschaft des von einem deutschen Unterseeboot am 30. Mai im Aermelkanal versenkten französischen Dreimasters „Jeanne" gelandet. Das Schiff war aus Chile gekommen mit einer Salpeterladung von 3200 Tonnen. —

* * *

Was sie erreicht haben.

Ein nüchternes Urteil über die Offensive im Westen gibt André Lichtenberger in Hervés „Victoire":

„Was ich zu den jüngsten Ereignissen sage? Du lieber Gott, wenn ich sie in Gedanken durchgehe, drummt mir der Schädel. Es wird immer komplizierter, die Rechnung der Alliierten aufzustellen. Die russische Revolution, die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten, Chinas Bruch mit Deutschland und die Menge der sich zu uns schlagenden amerikanischen Republiken — bloß gesiegt haben wir trotz alledem noch nicht. Der „verfehlte" deutsche Unterseebootkrieg, dessen gänzliche Nutzlosigkeit seit langen Wochen täglich von neuem dargelegt wird, setzt uns noch immer höllisch zu. Und die täglich durchrochene Hindenburg-Linie scheint auch noch immer unerschüttert zu sein. Unsre russischen Freunde schließlich haben so viel Dummheiten hintereinander fertigbekommen, daß das Mittel der Revolution besonders in Kriegszeiten nachgerade in Verruf kommt. Wie also steh's mit uns? Noch immer auf dem alten Flecke? Lage unverändert? Nichts zu machen? Trösten wir uns mit dem nicht mehr originellen, aber aufrichtig empfundenen Schlagwort: Wir werden sie schon noch kriegen."

Tags darauf schreibt Gustave Téry im „Oeuvre":

„Wie jedes Fieber, hat auch der Pessimismus sein Tempo, steigt zu einem Höhepunkt an und fällt dann wieder ab. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß wir augenblicklich einen solchen Höhepunkt erleben.

Der Grund? Er hat nichts Geheimnisvolles. Wir machten die russische Revolution noch so feurig begrüßen: im Grunde war uns nicht wohl dabei. Denn es kommt uns ja nicht allein darauf an, zu wissen, daß Rußland der Segnungen einer demokratischen Verfassung teilhaftig wird, uns liegt in erster Linie daran, zu wissen, welchen Einfluß die Einführung der neuen Staatsform auf den Ausgang des Krieges haben wird. Darum fragten sich alle Morgen alle französischen Bürger mit der gleichen Unruhe: „Was wird bloß dabei herauskommen?"

Man sah nicht klar, und was man sah, war nicht eben sehr ermutigend. Heute sind wir etwas beruhigter. Die neuesten Erklärungen der neuen russischen Minister lassen uns hoffen, daß die Pessimisten wie bisher, so auch diesmal Unrecht haben."

Bisher haben die französischen Pessimisten immer recht bekommen. Das weiß der Verfasser, und weil er's weiß, sagt er das Gegenteil. —

* * *

Die internationale Gewerkschaftskonferenz

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Stockholm wurde am Freitag eröffnet. Anwesend sind aus Schweden Lindquist, der den Vorsitz führt, und Söderberg, aus Dänemark Madsen und Hedebol, aus Norwegen Ole Lian und Orre, aus Holland Oudegeest, aus Deutschland Legien, Bauer, Sassenbach, aus Oesterreich Hueber, aus Ungarn Jaszai, aus Bulgarien Salkaroff, aus Finnland Wiik. Die Konferenz genehmigte den Vorschlag Lindquists und Legiens, die sachliche Beratung über gewerkschaftliche Friedensforderungen erst zu beginnen, wenn auch die Gewerkschaften der Ententeländer sowie Amerikas und Spaniens vertreten sein werden. Die Darstellung Legiens über das Zustandekommen der Konferenz ergab, daß die französische und italienische Zensur die rein gewerkschaftlichen Schreiben dorthin und nach Spanien konfiszierte und daß der leitende englische Ausschuß die Beteiligung vorläufig abgelehnt hat. Beschlossen wurde folgende Einladung zu einer allgemeinen internationalen Gewerkschaftskonferenz:

Die heutige Konferenz, zu der die Gewerkschaften Hollands, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns, Bulgariens und Finnlands Vertreter entsandt haben, hat Kenntnis von dem Programm der Gewerkschaftskonferenz zu Leeds im Juli 1916 und von dem Entwurf der Friedensforderungen des Internationalen Gewerkschaftsbureaus genommen. Die Konferenz erachtet die Sicherung der Arbeiterrechte, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung als eine der wichtigsten Bestimmungen in dem Friedensvertrag, der schließlich zustande kommen wird. Da diese Fragen die Arbeiterklasse der ganzen Welt aufs stärkste berühren, hält die Konferenz es nicht für zweckmäßig, jetzt in endgültige Beratungen einzutreten. Sie beschließt daher die Einberufung einer neuen Konferenz auf den 17. September 1917 nach der Schweiz, so daß den Gewerkschaften aller Länder die Teilnahme ermöglicht sei. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse wird hierdurch eingeladen, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden. Die Konferenz in Stockholm hält es für zweckmäßig, daß zu der neuen Konferenz nicht nach den Bestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbureaus nur drei Delegierte, sondern bis zu zehn Delegierte von jedem Lande gestattet werden müssen, wobei aber bei Abstimmung jedes Land nur eine Stimme haben soll. Die Konferenz ist überzeugt, daß eine solche Zusammenkunft der Vertreter der organisierten Arbeiter der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der Lage der internationalen Arbeiterklasse sein und den Fortschritt der menschlichen Kultur fördern wird.

Auf Antrag Huebers wurde noch folgender Zusatz beschlossen: In Erwartung, daß die Gewerkschaften aller Staaten trotz aller Widrigkeiten des Krieges die gewerkschaftliche Brüderlichkeit aufrechterhalten, hoffen wir, daß sie dafür sorgen werden, daß die neue Konferenz vollzählig beschickt sein wird. Damit war im wesentlichen die Tagesordnung erledigt.

Der internationale Gewerkschaftskongreß beschloß einer weiteren Meldung zufolge noch, an Jouhaux, den Vorstand des Generalausschusses der Gewerkschaften Frankreichs, ein Telegramm zu senden, in dem er die Beschlüsse in Leeds im Juli 1916 als ein günstiges Zeichen des guten Willens begrüßt, das zu beseitigen, was seit dem Kriege die Arbeiter trennt. Der Kongreß beschloß nach dem Vorschlag Legiens, dem Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg telegraphisch, den Wunsch zu übermitteln, daß er sich auf der Zusammenkunft in der Schweiz vertreten lassen möge. —

* * *

„Nichtgewünschtes durchstreichen".

In der „Kölnischen Zeitung", dem nationalliberalen Blatt, lesen wir:

Das Neueste auf dem Gebiet der Kriegszielerörterung ist die Volksabstimmung mittels auszufüllender Zettel. Wenn man sieht, in welcher Weise nunmehr die „Hamburger Neusten Nachrichten" diese neuste Errungenschaft in die Wirklichkeit umsetzen, gewinnt man einen höchst unerfreulichen Eindruck, von dem alle ernsthaften Politiker recht sehr wünschen, daß er sich nicht wiederhole. Das Hamburger Blatt bringt auf der ersten Seite seiner Nummern vom 24. und 25. Mai ein auszufüllendes Formular folgenden Inhalts:

Nach meiner Meinung ist der richtige Friede der Verständigungsfriede (vom Reichskanzler vertreten) der Annexionsfrieden (des Alldeutschen Verbandes)	Das Nichtgewünschte durchstreichen.

Dieser Zettel ist mit Unterschrift versehen dem Blatt einzusenden. Um mit dem Angenhemen das Nützliche des Abonnentenfangs zu verbinden, bietet die rührige Zeitung jedem hundertsten Einsender auch noch ein vierteljähriges Freiabonnement an.

Es scheint uns, daß diese Methode, der Klärung der Kriegszielfrage zu dienen, einer Kritik nicht bedarf. Da es aber nach dieser Erfahrung nicht ausgeschlossen ist, daß eine noch rührigere Zeitung auf den Gedanken kommen könnte, mit einer Kriegsgewinnsvolksabstimmung etwa eine Verlosung von Nahrungsmitteln zu verbinden — erster Preis für die beste Lösung der Kriegszielfrage eine fette Gans oder dergleichen —, so sei doch schon jetzt die ersten Schritte auf diesem Wege ausdrücklich Einspruch erhoben . . .

Angefangen mit dem Gimpelfang hat die klerikale „Kölnische Volkszeitung", die dabei folgenden Schwindel einfließen ließ: Das Blatt hatte zunächst einen Artikel mit extremen Eroberungsforderungen veröffentlicht, in spätern Nummern aber aufgefordert, ein abtrennbares Formular auszufüllen, das die Formel enthielt: „Keine Eroberungs- und Annexionspolitik, aber Friedenssicherung und gerechte Entschädigungen!" Dieses sollte seine Gesinnungsfreunde weitergegeben werden, also an Leute, die erst recht von dem der Agitation zugrunde liegenden ursprünglichen Artikel keine Ahnung hatten. Also der reine Gimpelfang! —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170612-10/fragment/page=0002

Ein menschliches Dokument.

Im Januar wurden zwei deutsche Gefangene an Bord des französischen Schiffes „Athos" von Saigon in Asien nach Frankreich gesandt. Am 17. Februar wurde das Schiff von einem deutschen U-Boot torpediert. Im Augenblick der Torpedierung befanden sich die Gefangenen in einer untern Kabine und hielten sich für verloren. Plötzlich öffnete sich die Tür der Kabine: der mit ihrer Bewachung betraute französische Unteroffizier war von oben heruntergeeilt, um sie zu befreien. Beide Gefangene konnten sich durch Schwimmen retten. Der Unteroffizier jedoch beteiligte sich so lange an der Bergung von Frauen und Kindern, bis seine Kräfte erschöpft waren und das Meer ihn verschlang. Die beiden Deutschen erreichten glücklich Marseille, wo sie nachstehende Erklärung abgaben:

Wir unterzeichneten Kriegsgefangenen sind auf der Fahrt von Saigon an Bord des Dampfers „Athos" von einem französischen Unteroffizier eskortiert worden. Unmittelbar nach der Katastrophe öffnete dieser Unteroffizier die Tür unsrer Kabine und gab uns so die Möglichkeit, dem sichern Tode zu entgehen. Wir sind ihm zum größten Danke verpflichtet, um so mehr, als die Katastrophe sich in wenigen Augenblicken abspielte.

Unglücksligerweise hat der Unteroffizier die brave Tat mit seinem Leben bezahlen müssen.

Eine andre Eskorte brachte uns nach Marseille.

Marseille, 26. Februar 1917.

A. Wendt, Schiffsoffizier, Dampfer „Kalio".
A. Engels, Mechaniker.

Unmengen von Dokumenten des Hasses werden hüben wie drüben fast täglich veröffentlicht. Demgegenüber geziemt es sich, von Zeit zu Zeit darauf hinzuweisen, daß auch die Menschlichkeit dem „Feinde" gegenüber im Kriege ihre Blüten treibt. —

* * *

Ein amerikanischer Aufruf.

„Het Volk" bringt einen aus amerikanischen sozialistischen Zeitungen entnommenen Aufruf amerikanischer Sozialisten, der auf einem Kongreß in St. Louis beschlossen worden ist und sich an die deutschen Genossen wendet. Darin heißt es:

Parteigenossen! Nachdem auch das Volk der Vereinigten Staaten in die Weltsintflut hineingerissen worden ist, wie Ihr es durch Eure Beherrscher schon vorher wurdet, halten wir es für unsre Pflicht, über dieses wichtige Ereignis ein Wort an Euch zu sprechen.

Vorerst erklären wir, daß die Arbeiter unsers Landes keine feindlichen Gefühle gegen die Arbeiter Deutschlands hegen, und daß wir der Meinung sind, daß dieses große Unglück das Solidaritätsgefühl zwischen uns nur noch erhöhen wird, welche Solidarität schließlich den Frieden zwischen beiden Ländern und damit den allgemeinen Weltfrieden sichern wird.

Wir wünschen auch Euch wissen zu lassen, daß wir beschlossen haben, unsre Pflicht zu tun und jedes Opfer zu bringen, das gefordert werden sollte, um unsre Herrscher zu einem baldigen Frieden zu nötigen. Wir hoffen, daß Ihr, welche Politik Ihr auch bisher befolgt haben mögt, von nun an kräftige Maßnahmen ergreifen werdet, um Eure Herrscher zu zwingen, ein Gleiches zu tun. Wir fordern Euch deshalb auf, Euch mit uns zu verbinden und alle zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um unter Ausschluß gewaltsamer Annexionen, gleichviel unter welchem Namen sie sich verbergen, zu einem allgemeinen, dauernden und gerechten Frieden zu kommen.

Die deutsche Arbeiterklasse wird von den freundlichen Gefühlen der amerikanischen Sozialisten mit Genugtuung Kenntnis nehmen. Es wäre nur zu wünschen, daß sie auf die Politik der Vereinigten Staaten nachdrücklichen Einfluß ausüben könnten. —

* * *

Ein fortschrittlicher Parteitag.

Die Fortschrittliche Volkspartei hielt am Sonnabend und Sonntag in Berlin einen preußischen Landesparteitag ab. Am Schluß der Verhandlungen wurde ein Antrag angenommen, in welchem es u. a. heißt:

Der fortschrittliche Preußentag fordert in Uebereinstimmung mit der parlamentarischen Vertretung der Partei die unverzügliche Einbringung einer Wahlrechtsvorlage für das Preußische Abgeordnetenhaus, die neben dem geheimen, unmittelbaren und allgemeinen das gleiche Wahlrecht unter angemessener Berücksichtigung der Minderheiten enthält und eine Einteilung der Wahlkreise nach der Bevölkerungsziffer vorsieht. Das Herrenhaus in seiner jetzigen Gestalt ist abzuschaffen. Wird eine Erste Kammer beibehalten, so muß sie aus Wahlen hervorgehen und in ihrer Zusammensetzung den geistigen und wirtschaftlichen Kräften des Landes entsprechen.

Der so erneuerte Landtag hat vor allem die Aufgabe, auf eine Reform der innern Verwaltung hinzuwirken. In den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist die Klassenwahl und die öffentliche Stimmabgabe aufzuheben. Für die Kreis- und Provinzialvertretungen sind Urwahlen einzuführen. Das Uebergewicht des Großgrundbesitzes und die Sonderstellung der Gutsbezirke ist zu beseitigen. Die Aufsichtsbefugnis der Staatsbehörden gegenüber den Selbstverwaltungsorganen muß wesentlich eingeschränkt werden. In den Steuerveranlagungskommissionen ist der Vorsitz besondern technisch vorgebildeten Beamten zu übertragen. Die Aemter sollen jedem Tüchtigen offen stehen ohne Rücksicht auf Geburt, Bekenntnis oder Partei.

Der Preußentag fordert, unter Anerkennung der Leistungen der Frauen, die Erweiterung der Frauenrechte, vor allem die Heranziehung der Frauen zur Mitberatung wichtiger Angelegenheiten, die sie besonders angehen. (Bevölkerungspolitik, Arbeiterinnenschutz, Konsumenteninteressen, Armenwesen, Erziehungsfragen.) Der Preußentag ersucht die parlamentarische Vertretung der Partei, darauf hinzuwirken, daß im Wege der Gesetzgebung im Reich und Staat die volle Mitbestimmung der Frauen angebahnt wird.

Ein neues Preußen soll erstehen, das von freiheitlichem Geist erfüllt, durch Klassenvorrechte nicht mehr gehemmt, die gesamte Volkskraft zur Entfaltung kommen läßt.

Weiter wurde auf Antrag Dr. Wiemer beschlossen, einen Ausschuß einzusetzen, der die Aufgabe hat, die für die Reform des Gemeindewahlrechts in Betracht kommenden Fragen zu prüfen, insbesondere das einschlägige Material aus den einzelnen Landesteilen zusammenzustellen und Vorschläge für den nächsten allgemeinen Parteitag und für die Arbeit der Fraktionen auszuarbeiten.

Ebenso wurde beschlossen, zwei Anträge auf Einräumung des gleichen Wahlrechts an die Frauen einem Ausschuß zur weitern Beratung zu überweisen. —

* * *

Notizen.

Die nächsten Reichstagswahlen. Gegenüber dem Wunsche gewisser Kreise, den gegenwärtigen Reichstag auch nach Friedensschluß noch beizubehalten und ihm auch die Lösung der ersten wichtigen Friedensarbeiten zu übertragen, meldet eine Berliner Korrespondenz, davon könne, wie sie aus parlamentarischen Kreisen höre, keine Rede sein. Schon in einem Reichstagsausschuß sei man übereinstimmend zu der Auffassung gekommen, daß gleich nach Friedensschluß Neuwahlen zum Reichstag zu erfolgen haben. Auch die Vertreter der Regierung teilten diesen Standpunkt. —

*

Deutscher Volksbund für einen Verständigungsfrieden. In einem Aufsatz des „Berl. Tagebl." verteidigt Wolfgang Heine das Recht der Völker, die Förderung des Friedens in die eigne Hand zu nehmen. Die Regierungen fänden sich ohne das in absehbarer Zeit aus dem Labyrinth des allgemeinen Wahnsinns nicht mehr heraus. Heine beklagt aber dabei, daß die Kundgebungen der vernünftigen Gesinnung des Friedens und der Kultur bisher allein auf die Sozialdemokratie beschränkt bleibt. Er fordert deshalb die bürgerlichen Kreise auf, sich auch ihrerseits zu einem deutschen Volksbund für einen Verständigungsfrieden zusammenzuschließen und dadurch die Schwäche der Schreier für einen Gewalt- und Annexionsfrieden zu enthüllen. Man darf gespannt sein, welches Echo diese Aufforderung findet; ob es ihr wirklich gelingen wird, weitere Kreise des Bürgertums zu einem aktiven Vorgehen gegen die Eroberungswüteriche aufzuwecken. —

*

Die Italiener auf griechischem Boden. Das italienische Telegraphen-Bureau Agenzia Stefani meldet: Janina wurde durch italienische Truppen ohne Zwischenfall besetzt. Stadt und Landschaft sind vollkommen ruhig. — Janina ist die Hauptstadt im Epirus (Nordgriechenland). —

*

Eine Sensationsmeldung. Wolffs Bureau meldet aus Wien: Die von dem Reuter-Bureau verbreitete „Times"-Meldung aus Petersburg, wonach eine Abordnung der österreichisch-ungarischen Regierung, bestehend aus 2 Generalen, 2 Obersten und 20 andern Offizieren und 15 Soldaten, in Petersburg eingetroffen sei, nachdem sie von den russischen Truppen an der Front Pässe erhalten hätte, damit sie der russischen Regierung oder dem Delegiertenrat die Friedensbedingungen mitteilen könne, entspricht, wie das Wiener Korrespondenz-Bureau von zuständiger Stelle zu erklären ermächtigt ist, in keiner Weise den Tatsachen. Die Behauptung des englischen Blattes, daß eine Abordnung der österreichisch-ungarischen Armee die russische Front überschritten habe, ist einfach erfunden. —

*

Der russische Oberbefehlshaber seines Postens enthoben. Kriegsminister Kerenski hat auf Grund seines Befehls vom 18. Mai, der den Truppenführern und Offizieren die Einreichung von Abschiedsgesuchen verbietet, verfügt, daß General Gurko, der trotzdem sein Abschiedsgesuch eingereicht hat, vom Oberbefehl an der Westfront zu entheben und zum Divisionskommandeur zu ernennen sei. —

*

Ein weiblicher Unterstaatssekretär. Ein Petersburger Telegramm besagt: Die Gräfin Panin, die sich wegen ihrer Wohltätigkeit während des Krieges bemerkbar gemacht hat, ist zum Unterstaatssekretär im Ministerium für Fürsorge ernannt worden. —

*

Großfürst Nikolai unter Anklage. Einer Drahtmeldung der „Pos" aus Stockholm zufolge wird der russische Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der vor kurzem in Tiflis verhaftet worden ist, in den nächsten Tagen nach Petersburg übergeführt, um sich dort zu verantworten. Wie jetzt bekannt wird, ist die Verhaftung vorgenommen worden, weil in dem Prozeß gegen den früheren Kriegsminister Suchomlinow belastendes Material gegen den Großfürsten aufgefunden worden ist. —

*

Wozu der Dampf gut ist. „Die Naturgeschichte, mein Junge, ist die Lehre von Ursache und Wirkung. Aus diesem Kessel z. B. siehst Du Dampf aufsteigen. Du weißt aber nicht, warum . . ." „O doch, Papa. Der Dampf steigt auf, damit Mama Deine Briefe öffnen kann, ohne daß Du's weißt." —

*

Die einzige Ausnahme. Er: „Ich möchte wohl wissen, warum in den Bureaus fast nur Frauen die Schreibmaschine bedienen und so wenig Männer sich diesem Beruf zuwenden?"

Sie: „Der Grund kann doch nur der sein, daß die Männer froh sind, wenigstens einer Kategorie von Frauen etwas diktieren zu können." —

Die Streikbewegung in Frankreich. „Die Bewegung dehnt sich aus", ist der Titel, unter welchem der „Matin" den Verlauf der Ausstände in Paris und der Provinz schildert. 300 in den Pariser Bureaus der Pariser Nordbahn angestellte Frauen legten die Arbeit nieder, Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabriken für Gasanlagen, 700 Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Fabriken in der Umgebung von Paris, das Personal der großen Pariser Zuckerfabrik Say schlossen sich den Streikenden an. Namentlich in der Provinz nimmt die Bewegung an Umfang zu. Der Donnerstag war in Lyon sehr bewegt. Das streikende Hilfspersonal der städtischen Straßenbahn versuchte, den Verkehr zu hemmen. Es brachen Teilausstände in der Konfektionsherstellung, den Werkstätten für elektrische Beleuchtung und der Zündstoff- und Flugzeugfabrikation aus. Etwa 30 Verhaftungen wurden vorgenommen. In Marseille, wo die Verhandlungen zwischen Behörden und Ausständigen fortdauern, ohne bisher zu einem ordentlichen Ergebnis zu führen, wurden 25 Personen festgenommen. —

* * *

Englische Angriffe.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 11. Juni 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Dünenabschnitt bei Nieuport und östlich von Ypern nahm gestern zeitweilig die Feuertätigkeit erheblich an Stärke zu.

Auch im Kampfgelände östlich von Wytschaete und Messines steigerte sich gegen Abend das Feuer. Nachts gingen nach heftigen Feuerüberfällen englische Kompanien gegen unsre Linie westlich von Hollebeke und Wambeke vor; sie wurden zurückgeschlagen. Südlich der Douve scheiterten abends Angriffe der Engländer gegen die Töpferei westlich von Warneton.

Beiderseits des Kanals von La Bassée und auf dem südlichen Scarpeufer unterband unser Vernichtungsfeuer auf Festubert, Loos und Monchy die Durchführung sich vorbereitender englischer Angriffe. An der Straße La Bassée—Béthune, nordöstlich von Vermelles und bei Hulluch wurden feindliche Erkundungstöße abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Chemin des Dames brachen zu überraschendem Handstreich westlich von Cerny Stoßtruppe ostpreußischer und westfälischer Regimenter in die französischen Gräben ein, machten die Besatzung, soweit sie nicht flüchtete, nieder und kehrten mit Gefangenen zurück.

Das hier einsetzende lebhafte Feuer dehnte sich auch auf die Nachbarabschnitte aus, blieb sonst aber gering.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Neues.

Auf dem

östlichen Kriegsschauplatz

ist die Lage unverändert.

Mazedonische Front:

Auf beiden Vardar-Ufern und am Doiran-See erfolgreiche Gefechte bulgarischer Posten.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

* * *

Depeschen.

Weitere 19600 Tonnen versenkt.

W. T. B. Berlin, 11. Juni. Amtlich. Im Atlantischen Ozean haben unsre U-Boote 19 600 Bruttoregistertonnen versenkt. Unter den Schiffen befanden sich u. a. der bewaffnete englische Dampfer „Harley" (3331 Bruttoregistertonnen) mit Getreide nach England, der englische Dampfer „Bathurst" (2821 Bruttoregistertonnen) mit Kopra und Palmkernen, das englische Dreimastvollschiff „St. Mirren" (1956 Bruttoregistertonnen) mit Briketts für die brasilianischen Eisenbahnen, ein französischer Hilfskreuzer von etwa 4000 Bruttoregistertonnen und der italienische Dampfer „Cliofilo" (3583 Bruttoregistertonnen) mit Erz nach England.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

*

Ein neuer Gegner.

W. T. B. Berlin, 11. Juni. Der spanische Botschafter teilte dem Auswärtigen Amte mit, daß nach einer ihm zugegangenen amtlichen Nachricht die dominikanische Republik von den Vereinigten Staaten veranlaßt worden sei, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abzubrechen. Die Vertretung der deutschen Interessen in der Republik hat Spanien übernommen. —

Das Erdbeben in Mittelamerika.

W. T. B. Paris, 11. Juni. (Havas.) Wie die Gesandtschaft von San Salvador mitteilt, forderte das Erdbeben 40 Tote und 100 Verletzte. In der Hauptstadt hat es keine Menschenverluste gegeben. Der Sachschaden wird auf mehrere Millionen Pesos geschätzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170612-10/fragment/page=0003

Wirtschaftskrieg gegen Deutschland.

Ueber die vor kurzer Zeit in Rom abgehaltene Handelskonferenz der Alliierten ist wenig in die Presse gedrungen. Aus der Eröffnungsrede, die der bekannte frühere italienische Botschafter Tittoni in Paris hielt, geht aber deutlich hervor, daß nicht alle italienischen Kreise von der Ausführung der Pariser Konferenzbeschlüsse das Heil für Italien erhoffen. Interessant ist, daß Tittoni in dieser Rede, die in der „Nuova Antologia" im Wortlaut veröffentlicht ist, erwähnt, daß sich einige Körperschaften in Italien mit dem Studium der Schwierigkeiten befassen, welche der Durchführung der Pariser Beschlüsse entgegenstehen.

Die auf der Pariser Konferenz verabredeten Maßregeln scheidet Tittoni in 3 Klassen: 1. Verbote von Handelsbeziehungen mit den Zentralmächten, 2. Versagung von Meistbegünstigungsklauseln an die Zentralmächte, 3. Maßregeln, um die Alliierten von den Zentralmächten wirtschaftlich unabhängig zu machen. In Ergänzung dieses Programms hat die interparlamentarische Konferenz in Paris sich mit der Regelung des Handelsverkehrs in den Kolonien, mit der Vereinheitlichung der Gesetzgebung über Handelsgesellschaften und des Postschecksystems in den Ententestaaten und mit der Bekämpfung falscher Herkunftsbezeichnung der Waren und des Unterbietens (Dumping) befaßt.

Die von den obengenannten Gesellschaften zu „studierenden" Schwierigkeiten bestehen nach Tittoni in der Unmöglichkeit, die einzelnen Länder, wie Rußland, Italien und Portugal haben, auf die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach den Zentralländern zu verzichten, wenn ihnen nicht neue Märkte dafür garantiert würden. Die Pariser Konferenz habe darauf schon Rücksicht genommen und beschlossen, während der Zeit, in welcher den Zentralmächten die Meistbegünstigungsklauseln verweigert werden, den dadurch betroffenen Ententestaaten nach Möglichkeit (!) neue Märkte zu schaffen. Die große Stärkung, die der Schutzzollgedanke während des Krieges erfuhr, scheint Tittoni jedoch wenig dazu geeignet, Hoffnungen auf solche Politik aufkommen zu lassen.

Ueber den offensiven Plan der gemeinsamen Wirtschaftspolitik — es ist gut, daß der italienische Staatsmann unumwunden vom wirtschaftlichen Angriffsplan der Entente spricht, denn es gibt bekanntlich Leute, die die ernsten Absichten Englands, eine wirtschaftliche Erdrosselungspolitik gegen Deutschland zu führen, unterschätzen und behaupten, die Pariser Konferenz sei eine durch den Gedanken von Mitteleuropa herausgeforderte leere Demonstration — sei die Einigung leichter zu erzielen, meint Tittoni als über die defensiven Maßnahmen der Abwehr wirtschaftlicher „Angriffe" von seiten der Zentralmächte. Als Angriff sei z. B. eine Unterbietung anzusehen, wie sie angeblich Deutschland vor dem Kriege mit Gußeisen vornahm. Es verkaufte die Tonne zu 91 Lire, während sie auf dem Weltmarkt 122—132 Lire, in Italien selbst 150 bis 170 Lire kostete. Die Pariser Vorschläge gingen dahin, daß jedem derartigen Preisangebot gegenüber automatische „Abwehrzuschlagszölle" in Kraft treten sollen, die den von den Verbündeten festgesetzten Preis zur Folge haben.

Aus der ganzen Rede Tittonis geht deutlich hervor, daß die italienischen Handelskreise noch schwere Bedenken haben, sich den Richtlinien der Pariser Wirtschaftskonferenz in aller Form anzuschließen. Es mag manchem dämmern, daß die Bestrebungen nach Unabhängigkeit von Deutschland vor allem von denen gefördert werden, die ein Interesse an der wirtschaftlichen Abhängigkeit Italiens von England haben.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Eine Betriebswerkstätte des Schneiderverbandes. Wie der Berliner Bevollmächtigte des Schneiderverbandes Fr. Kunze in der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung" berichtet, hat der Schneiderverband in Berlin seit Anfang 1916 eine Betriebswerkstätte im Gang. Ursprünglich war eine große Sandschlieferung übernommen worden, als es aber später an derartiger Arbeit fehlte, wurde auch die Anfertigung von Uniformen übernommen und einige Wochen hindurch bis zu 900 Personen beschäftigt und wöchentlich mehr als 18 000 Mark Lohn ausgezahlt. Ueber die dazu vollbrachte Organisationsarbeit werden in der „Frauenzeitung" eingehende Angaben gemacht. Der Berichterstatter hebt aber dabei ausdrücklich hervor, daß der Artikel Betriebswerkstätten mit den eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften nur in sehr losem Zusammenhang stehe. Weder werden dadurch die Löhne geregelt, noch wird dadurch regelmäßige und günstige Arbeitsgelegenheit beschafft. Nur ganz nebenbei kann nach Erfüllung der andern wichtigern Aufgaben ein Gewerkschaftsverband sich auch der Einrichtung von Werkstätten widmen und dadurch eine Anzahl von Arbeitern oder Arbeiterinnen vor der Heimarbeit oder dem Zwischenmeister schützen. —

Kleine Chronik.

Abonnenten freundlichst verbeten!

Einen Beitrag zur Papierknappheit bietet der „Rostocker Anzeiger", der im Gegensatz zu seinen großstädtischen Kollegen, die bekanntlich dem Uebelstande durch Kürzung von Parlamentsberichten zu begegnen versuchten, seine verehrten Leser hinumelboch bittet, ja keine neuen Abonnenten heranzuschleifen, im Gegenteil möglichst selber auf die angestammte Zeitungslektüre zu verzichten. Die Notwendigkeit, im Juni weitere 10 v. H. des Papierverbrauchs einzusparen, zwingt, wie das Blatt seinen Lesern mitteilt, es dazu, nicht nur bei den Inseraten zurückhaltender zu sein, es bittet darüber hinaus seine Freunde, „sich möglichst mit befreundeten Familien zu verständigen, daß vielleicht zwei Familien ein Exemplar zusammen halten. In früheren Zeiten, als die Abonnementspreise der Zeitungen hoch waren, ist es ja fast immer üblich gewesen, daß mehrere Familien ein Exemplar zusammen gelesen haben; so muß es auch heute möglich sein. Unsere Leser werden gewiß unsrer Bitte Verständnis entgegenbringen und, den Kriegsumständen Rechnung tragend, sich diese kleine Einschränkung auferlegen. Jeder neue Abonnent macht uns Sorge, jedes Exemplar dagegen, das wir sparen können, ermöglicht es, unsern Lesern mehr Lesestoff zu bieten." Was hat der Krieg doch alles angerichtet, rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht! —

Ertrunken.

In der Zeetzel bei der Drawehner Brücke in Lüchow ist der beim Gärtner Barges beschäftigte Lehrling Otto Schmidt ertrunken. Dieser hielt sich mit noch einigen Kameraden auf der Plattform vor der Schleuse auf, wollte dann seinen fortgetriebenen Pantoffel wieder auffischen und kam hierbei in die kurz hinter der Schleuse befindliche Tiefe. Die Leiche konnte geborgen werden. —

Die größte Kirchenglocke Deutschlands.

Die größte Kirchenglocke Deutschlands aus dem Mittelalter und wahrscheinlich auch die größte der Welt aus frühern Jahrhunderten, die „Maria Gloriosa" im Dom zu Erfurt, ist, gleich ihren nahezu zahllosen Schwestern auf den fast ebenso zahlreichen Türmen, in diesen Tagen einer Revision auf ihre „Kriegsverwendungsfähigkeit" unterzogen worden. Die alte Riesendame wurde jedoch, wie das „Hamburger Fremdenblatt" berichtet, von der Kommission im Hinblick auf ihren kultur- und kunstgeschichtlichen Wert für „dauernd kriegsuntauglich" erklärt. Ihr „hohes" Dasein ist also damit bis auf weiteres gerettet. Die riesige Glocke befindet sich auf dem 210 Fuß hohen mittlern, die 1498 wurde sie durch den Weihbischof Johann Bonnemilch von Lasphe, unter dessen Oberleitung der Guß erfolgt war, geweiht und getauft. Die „Gloriosa" gilt in jeder Beziehung als ein Meisterwerk der Glockengießerkunst, und ihr Ton ist so stark, daß er bei günstiger Windrichtung in 3 bis 4 Meilen Entfernung von Erfurt vernommen wird. — Neben andern überragenden Turm des Domes, gehört zu einem 12fachen Geläut, wurde in der Nacht vom 7. zum 8. Juli 1497 als sechste große Glocke des Domes von dem berühmten holländischen Glockengießer Wou von Kampen gegossen. Am 11. Juli

Mehrere tausend Todesopfer in San Salvador.

Nach Telegrammen, die Lyoner Blätter aus Neuyork erhielten, beträgt die Zahl der Todesopfer in San Salvador mehrere Tausend. Die vulkanischen Ausbrüche dauern fort. —

Das Kind der Armen.

Am Abend des 8. Februar, einem eiskalten Tage, fand, so erzählt ein Gerichtsbericht des „Kölner Lokal-Anzeigers", ein Automobilist in der Türnische eines Hauses an der Quirinstraße in Köln ein etwa 1 Jahr altes Kind, das er zum benachbarten Waisenhaus brachte. Nach einiger Zeit meldete sich die Fabrikarbeiterin Hedwig Tr. als Mutter; bei dem warm verpackten jungen Erdenbürger lag ein Brief, den die Angeklagte geschrieben zu haben zugibt. Derselbe lautete dahin, daß das Mädchen in größter Verzweiflung gehandelt habe; ihr Vater habe es vor Hause weggewiesen. Es sei in der Stadt. Unterkunft für das Kindchen heischend, von Pontius zu Pilatus geschickt worden; es habe ohne Mittel und Essen dagestanden, ohne Arbeit und ohne dichte Schuhe, aber mit Frostbeulen. Man habe von der Behörde vor der Aufnahme des Kindes einen schriftlichen Arbeitsnachweis (!) verlangt! Einen solchen habe es, mit dem kranken Kinde herumziehend, nicht beschaffen können. Die der Kindesaussetzung Beschuldigte, die einen auffallend guten Eindruck macht, wurde aus der Haft in den Strafsammersaal gebracht. Sie gab an, sie habe zwei halbwüchsige Jungen gegen Bezahlung von je 50 Pfg. beauftragt, das Kind zum Waisenhaus zu bringen, in der Annahme, sie selbst werde zurückgewiesen. Den Brief habe sie als Legitimation beigelegt und zum Ausweis ein Duplikat im Besitz. — Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte gegen das Mädchen wegen Kindesaussetzung das Strafminimum von 6 Monaten Gefängnis. Heutzutage seien Menschenleben besonders kostbar; das Kind sei in Gefahr für sein Leben, falls nicht ein rettender Zufall eingetreten sei, gewesen. Die Richter sprachen die Angeklagte unter sofortiger Haftentlassung frei, da das subjektive Bewußtsein zur Tat gefehlt habe; das Mädchen habe annehmen können, daß in einer vielbegangenen Straße jede Minute eine hilfsbereite Hand eingreifen würde, um das Kind in geordnete Verhältnisse zu bringen. — Wir freuen uns dieses Urteilsspruchs; er zeugt von sozialem Empfinden. Auch über die Urteilsgründe der Richter hinaus darf ein Mädchen, das unter solchen Aengsten handelt wie dieses, nicht mit der Paragraphenelle gemessen werden. —

Liebestragödien.

Zwei Liebestragödien haben sich in Berlin abgespielt. Der Schauplatz der einen ist das Haus Chausseestraße Nr. 105. Dort wohnte die 20 Jahre alte Leonore Jotkowski, die schon seit langer Zeit Beziehungen zu dem Kaufmann Wilhelm Eiger unterhielt. Eiger war stets sehr eifersüchtig und glaubte, daß seine Geliebte während seiner Abwesenheit ein Verhältnis mit einem andern Manne angeknüpft habe. Er kam jetzt nach Berlin auf Urlaub. Freitag abend suchte er die Geliebte in ihrer Wohnung auf. Das Paar unterhielt sich anfangs in aller Ruhe, doch bald überhäufte Eiger seine Braut mit Vorwürfen und geriet hierbei in eine derartige Wut, daß er aus einem scharf geladenen Revolver einen Schuß auf das Mädchen abgab. Die Kugel traf die Jaikowski in den Unterleib. Als bald darauf mehrere Beamte kamen, fanden sie Eiger tot auf dem Fußboden liegen. Er hatte sich eine Kugel in den Mund geschossen. Das schwerverletzte Mädchen wurde nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht. — Den Hintergrund der zweiten Tragödie, die sich in Charlottenburg abspielte, bildet der Liebesroman einer reichen Erbin aus Odessa, die hier Medizin studiert. Das Mädchen, ein Fräulein Schechter, das in einem Pensionat in der Bleibtreustraße wohnte, hatte, obwohl es verlobt war, mit dem 21 Jahre alten, aus Paris gebürtigen Studenten Bernhard Heymann, der in Friedenau bei seinen Eltern wohnte, ein Verhältnis angeknüpft. Die beiden liebten einander so innig, daß sie glaubten, ohne einander nicht leben zu können. Fräulein Schechter erwartete aber jetzt den Besuch ihres Bräutigams, von dem sie nichts mehr wissen wollte, und fürchtete wohl, nun von ihrem Geliebten getrennt zu werden. So kamen die beiden auf den Gedanken, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Freitag abend stiegen sie in einem Hotel in Charlottenburg als Ehepaar ab und ließen sich Wein auf das Zimmer bringen. Sonnabend früh fand man sie tot in ihren Betten liegen. Sie hatten Strychnin in den Wein gemischt und sich vergiftet. —

Explosion einer Munitionsfabrik in Lyon.

Der Lyoner „Nouvelliste" berichtet über eine Explosion, die Sonnabend nachmittag sich im Lyoner Artilleriepark ereignete, und bei der die eine Fläche von 400 Quadratmetern bedeckende Munitionsfabrik vollständig zerstört wurde. Bisher wurden vier tote Artilleristen und 15 schwerverwundete Arbeiter gezählt. Doch sind noch zahlreiche Opfer unter den rauchenden Trümmern begraben. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Trotz zweimaliger öffentlicher Aufforderung hat der Groß- und Kleinhandel nur etwa 10 Prozent der schätzungsweise vorhandenen Mengen an gebrühten und ungebrühten **holländischen Faßbohnen** angemeldet. Die Inhaber von Groß- und Kleinhandelsgeschäften werden daher nochmals aufgefordert, die bei ihnen noch vorhandenen Bestände **binnen 3 Tagen** bei Vermeidung der festgesetzten Strafen dem Stadternährungsamt I, Marktplatz 22, **schriftlich** anzumelden.

Halle, den 11. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Heringe** wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird am Dienstag den 12. Juni 1917 in der Talamtschule fortgesetzt.

Zugelassen werden zum Einkauf die Nummern der **neuen** Lebensmittelscheine 56001 bis 63000 vormittags von 8 bis 12 Uhr, die Nummern 63001 bis 70000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr.

Für jede Person eines Haushalts werden ca. 110 Gramm zum Preise von 30 Pfennig abgegeben.

Abgezähltes Geld ist unbedingt bereitzuhalten.

Papier zum Einwickeln ist mitzubringen.

Halle, den 11. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch 500 Gr.

Die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch, die in der Woche vom 11. bis 17. Juni d. J. bei den Fleischern auf Grund der **Reichsfleischkarte** entnommen werden darf, wird auf

250 Gramm

festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken können die gesamten Abschnitte zum Bezug von Schlachtviehfleisch bei den Fleischern oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw. verwendet werden. Auf jede der 10 bzw. 5 Fleischmarken dürfen 25 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen oder 20 Gramm ohne Knochen entnommen werden.

Die Menge der Fleischwaren, die auf Grund der städtischen Zusatzfleischkarten bei den Fleischern entnommen werden darf, beträgt ebenfalls

250 Gramm.

Jeder Abschnitt der Zusatzfleischkarte berechtigt zum Bezug von 125 Gramm Fleischwaren.

Halle, den 9. Juni 1917 **Der Magistrat.**

Preiswerte Damen-Konfektion.

Schöne Damen-Jacketts und -Mäntel 7.85 bis 68 Mk. :: Elegante Kostüme 38 bis 128 Mk. :: Imprägnierte Mäntel 29.75 bis 78 Mk. :: Schwarze Seiden-Jacketts und Mäntel 19.75 bis 85 Mk. :: Covercoat-Paletots 38.75 bis 88 Mk. :: Kostümröcke aus gemusterten Stoffen, Samt, Taft, leicht. Sommerstoffen 7.85 b. 42 Mk.

Im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Einmachgläser
mit Patentverschluß, sehr billig
C. F. Ritter,
Leipziger Straße 90
— 5% Rabatt-Sparmarken —

Sohlenschoner
alle Ausführungen, wie Leder- und Stahlsohlenschoner, Gummisohlen, Stahlstifte, Federstahl-Sohlen
Schuhcreme
Reinigungscreme und Lack für schwarze, braune und weiße Schuhe — sehr preiswert
Einlegesohlen
jeder Art im Kaufhaus
H. Elkan, Leipziger Straße 87.

In unsern [18
Aenderungs-Arbeitsstuben
finden noch mehrere
tüchtige Näherinnen
dauernde Beschäftigung.
Brummer & Benjamin
Gr. Ulrichstraße 22/23.

3 Könige
Varieté
Kleine Klausstr. 7
Der riesige Erfolg, das neue Programm
45 beweist es
daß es das beste ist.

U.T **Leipziger Strasse 88**
Fernruf 1224.
Auf vielseitigen Wunsch noch um einige Tage verlängert!
Graf Dohna und seine Möwe
Die ruhmreiche Kaperfahrt der Möwe
Aufnahmen des Ersten Offiziers S. M. S. Möwe Kapitänleutnant Wolf.
Dieser Film ist ein Dokument von machtvollster Wirkung.
Jugendliche haben bis 7 Uhr Zutritt
Vorführungen: 3, 5, 7, 9 Uhr. 43
Freikarten haben nur bis 6 Uhr abends Gültigkeit.
Vorverkauf täglich an der Theaterkasse von 10 bis 12 Uhr vormittags.

U.T **Alte Promenade 11a**
Fernruf 5738.
Max Landa in 42
Der Hund mit dem Monokel
Komischer Detektivfilm in drei Akten.
Die Fetischgöttin der Wangora
Ein afrikanisches Filmspiel. Aufgenommen in Togo. In der Titelrolle Meg Geburts, die erste Kinodarstellerin in Westafrika.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170612-10/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 10. Halle, Dienstag den 12. Juni 1917. 1. Jahrgang.

Wie die Parteispaltung nach und nach gekommen ist.

Von Adolf Thiele, Halle.

III.

Das eben ist der Fluch der bösen Tat. . . .

Zur Vorgeschichte der Kreditbewilligung sei kurz folgendes gesagt: Durch Depeschen vom 1. August wurden unsre Fraktionsmitglieder bereits für Sonntag den 2. August zur Fraktionssitzung geladen. Nur wenige fehlten. Die Sitzung dauerte reichlich 8 Stunden. Ihr schloß sich am 3. August eine noch etwas längere Sitzung an und am Vormittag des 4. August, für dessen Nachmittag die Plenarsitzung anberaumt war, fand eine dritte Fraktionssitzung in der Dauer von ziemlich 4 Stunden statt. Einziger Beratungspunkt war die Stellungnahme zu der durch den Kriegsausbruch geschaffenen Lage. In den 20 Stunden Fraktionsdebatten war die Redezeit von vornherein beschränkt worden, ich glaube auf 20 Minuten. Befürworter und Gegner der Kreditbewilligung kamen abwechselnd zum Worte. Da sich neben den 92 Befürwortern nur 14 Gegner befanden, entfiel auf letztere eine viel längere Redezeit, als sie ihrer Stärke nach hätten beanspruchen können.

Sehr schnell und durchaus einmütig wurden bereits in der Sonntagssitzung zwei Punkte erledigt, nämlich erstens, daß der Ausweg einer Stimmenthaltung in der Kreditfrage nicht gangbar sei, daß zweitens im Falle der Kreditbewilligung unsre Zustimmung nicht benutzt werden solle, als Gegenleistung von der Regierung bestimmte Zugeständnisse (Kompensationen), vielleicht auf dem Gebiet des preußischen Wahlrechts, des Vereinsrechts, der Sozialpolitik usw., zu fordern. Diese beiden Beschlüsse wurden ganz einstimmig gefaßt; Freunde wie Gegner der Bewilligung waren darin ungeteilter Meinung. Die Gründe dafür waren leicht ersichtlich und zwingend. Die Stimmenthaltung wäre für eine Partei, die den dritten Teil sämtlicher in Deutschland abgegebenen Reichstagswählerstimmen auf sich vereinigt hatte und zwei Siebentel aller Reichstagsmandate besitzt, eine erbärmliche Feigheit gewesen, da es sich um Sein oder Nichtsein handelte. Nur ein glattes Ja oder ein glattes Nein konnten in Frage kommen. Dafür traten Gegner wie Freunde der Bewilligung mit gleicher Entschiedenheit ein.

Ebenso einhellig erfolgte die Beschlußfassung in der zweiten Frage, also darüber, daß die Bewilligung, falls sich die Fraktion dafür entscheiden sollte, nicht zum Handelsobjekt gegenüber der Regierung gemacht werden dürfe. Auch hierbei war der entscheidende Grund einfach, einleuchtend und — was ein unabhängiges Gemüt am meisten erfreuen müßte — streng prinzipiell. Denn es wurde mit Recht von allen betont, wenn die Bewilligung erfolge, so geschehe sie nicht um der Regierung, sondern um des von starker Uebermacht bedrohten Volkes willen, das gegen seinen Willen, sei es durch wessen Schuld immer, in den Krieg gedrängt worden sei, und das sich nun seiner Haut wehren müsse, wenn es durch die Uebermacht nicht erdrückt werden wollte. Würden wir Kompensationen fordern, so erhalte die Bewilligung der Kredite in der Tat den Stempel des Vertrauensvotums für die Regierung, denn gewähre sie uns gewisse Forderungen, so hätten wir Vertrauen zu ihr und genehmigten ihr die Mittel zur Kriegführung. Gewähre sie uns die Forderungen nicht, so hätten wir kein Vertrauen zu ihr und verweigerten ihr die Mittel zur Kriegführung. Da wir nun kein Vertrauen zur Regierung hatten oder haben, und da wir nicht um ihretwillen, sondern um des bedrohten Volksganzen willen die Mittel bewilligten, konnte die Frage nach eventuellen Kompensationen keine langen Debatten entfesseln, und die Entscheidung erfolgte, wie schon gesagt, auf beiden Seiten einstimmig. Als darum Kautsky, der zur Fraktionssitzung am 3. August zugezogen war und keine Kenntnis von dem tags vorher gefaßten Beschluß hatte, die Kompensationsfrage empfahl, konnte ihm Haase als Fraktionsvorsitzender ins Wort fallen und scharf erklären, diesen Ausweg habe die Fraktion bereits als undiskutierbar einmütig abgelehnt.

Weiter ist hervorzuheben, daß die Fraktionsdebatten vom 2. bis 4. August, in denen auf beiden Seiten gute und wirksame Reden gehalten wurden, bei aller sachlichen Strenge in vollkommener Ruhe verliefen, daß von keiner Seite die Verweigerung oder Bewilligung der Kredite ernstlich als grundsätzliche Frage aufgefaßt wurde — nur Liebknecht suchte die Sache auf dieses Gleis zu schieben, ohne dabei die Zustimmung der Haase und Ledebour zu finden, die vielmehr nur aus taktischen Gründen nichts von der Bewilligung wissen wollten —, daß ferner auch die Gegner der Bewilligung in derselben kein Vertrauensvotum für die Regierung erblickten und daß endlich niemand in der Bewilligung eine Verletzung der Parteigrundsätze oder des Parteiprogramms sah. Auch Liebknecht tat das nicht. Sein Hauptgrund gegen die Bewilligung war die Annahme, die Hauptschuld am Kriege trage die deutsche Regierung, und darum könne er ihr keine Mittel zur Kriegführung gewähren. Ihm wurde erwidert, daß der Krieg aus den imperialistischen Bestrebungen aller Länder und aller Regierungen erwachsen sei, daß somit alle Regierungen die Schuld trügen, daß es sich jedoch im Kriege nicht um die Regierung handle, sondern um das Volk, welches zu seinen vielen Leiden im Kriege auch noch die furchtbaren Folgen einer Niederlage tragen müsse, wenn es sich nicht nach Kräften wehre. Auch die Haase-Ledebour-Gruppe stand damals noch voll auf dem Boden, daß die Sozialdemokratie die Landesverteidigung nicht ablehnen dürfe. Inzwischen haben sie insofern umgelernt, als sie sich nur bedingt und unter verschiedenen „wenn und aber", und „zwar, dennoch nicht" dazu bekennen. Sie stellten sich anfangs etwa auf den Standpunkt, den Bebel und Liebknecht 1870 eingenommen hatten. Fritzsche, Hasenclever und Schweitzer hatten bekanntlich damals für die Kriegskredite gestimmt, während Bebel und Liebknecht sich der Stimmabgabe enthielten. Als Marx und Engels das „für unverständlich" erklärten, sagte Liebknecht zugleich im Namen Bebels in der Reichstagssitzung am 26. November 1870 laut Stenogramm wörtlich folgendes:

> Hätte damals im Juli eine Regierung an der Spitze unsrer Geschäfte gestanden, der wir Vertrauen geben konnten, so hätten wir damals mit Freuden die Gelder für den Krieg bewilligt.

Ueber diesen Standpunkt des Alten sind längst hinweggeschritten. Uns kann und darf die Bewilligung von Kriegsgeldern niemals eine Frage des Vertrauens oder Mißtrauens gegenüber der Regierung sein. Wir trennen das vollständig, und zwar grundsätzlich von unserm jeweiligen Verhältnis zur Regierung. Wir halten für richtig, was Kautsky noch im Oktober 1914 schrieb, daß die Sozialdemokratie im Kriegsfalle, wenn sie sich nicht an die Seite der Regierung des feindlichen Landes stellen könne, unbedingt für die Bewilligung der Kriegskredite stimmen müsse, daß darin kein Vertrauensvotum für die Regierung erblickt werden dürfe und daß das auch nicht im Widerspruch stehe mit der Verweigerung des Kriegsbudgets in Friedenszeiten; denn der Krieg sei eben eine Sache für sich und habe nichts zu tun mit unserm Verhalten in normalen Zeiten.

So lag und liegt die Sache. Wenn Ledebour in seinem krankhaften Konstruktionssucht neuerdings herausgeklügelt hat, unsre Fraktion habe durch die erste Kreditbewilligung am 4. August 1914 nicht nur die Verantwortung für den Krieg, sondern auch die Verantwortung für die Art der Kriegführung übernommen, so täuscht er nicht nur sich selbst, da er dem Fraktionsbeschluß entsprechend am 4. August mit für die Kredite gestimmt hat, sondern er liefert auch ein Schulbeispiel dafür, wie er und seine Leute uns hinterher als unsühnbares Verbrechen auslegen, was sie selbst feinerzeit nur als Irrtum betrachteten —

Halle und Saalkreis.

Halle, 12. Juni 1917.

Die städt. Fleischverkaufshalle im Stadthaushalt.

Dieser Zweig der städtischen Verwaltung sollte keinen Ueberschuß abwerfen, er sollte nur die Selbstkosten decken, aber bei einer Gesamteinnahme von 84 300 Mark wirft er 11 856 Mark ab. Das sollte er nicht.

Vereinnahmt werden aus Handelsgebühren einschließlich der Vorkühl-Gebühren 63 400 Mark, aus Hakenmiete 1000 Mark, aus Wiegegeld 12 000 Mark, aus dem Vermieten der Pökelräume 2750 Mark, aus den Kühlzellen 4000 Mark, aus Vermietung von Geschäftsräumen 750 Mark. Sonstige kleine Einnahmen bringen 400 Mark.

Die Ausgaben erfordern für Betriebskosten 23 350 Mark. Davon werden 5000 Mark für Gehälter und Arbeitslöhne gezahlt, 16 000 Mark für elektrische Kraft, 1000 Mark für Wasser, 350 Mark für Heizung, 500 Mark für Beleuchtung und 500 Mark für Schmiere- und Putzmaterial. — An Zinsen für 490 000 Mark Anlagekapital sind jährlich 19 600 Mark aufzubringen und an Rückzahlungen bei 3 Prozent Tilgung 14 700 Mark. 11 000 Mark werden dem Erneuerungsfonds überwiesen.

Nach dem Voranschlag wird die städtische Fleischverkaufshalle benutzt werden zum Verkauf von

8400 Rindern	zu 1,25	Mark	Gebühr	pro Stück
8430 Kälbern	„ 0,50	„	„	„ „
9950 Schafen	„ 0,40	„	„	„ „
23536 Schweinen	„ 0,60	„	„	„ „
6000 Fleischteilen	„ 0,10	„	„	„ „

An auswärts geschlachtetem Fleisch werden erwartet

600 Rinder	zu 3,25	Mark	Gebühr	pro Stück
70 Kälber	„ 1,10	„	„	„ „
50 Schafe	„ 0,85	„	„	„ „
16464 Schweine	„ 1,70	„	„	„ „

Grundsätzlich sollte ein Reingewinn aus derartigen Unternehmungen, wie es Schlachthof, Viehhof und Fleischverkaufshalle sind, vermieden werden. Durch sie soll die billige und gesunde Ernährung der Einwohnerschaft gefördert werden. Um das zu erreichen, dürfte sogar nicht davor zurückgeschreckt werden, einen Teil der Selbstkosten aus allgemeinen Mitteln zu decken. Denkt doch auch niemand daran, daß die

Fräulein Sabine.

Von Karl Ewald.

Fräulein Sabines Vater war tot und ihre beiden Schwestern waren verheiratet, aber sie und die Mutter erhielten das Heim ganz so, wie es früher gewesen, reich und ruhig, stark genug, daß der Sturm der Zeit vorüberwehte, und lustig genug, daß die Strömungen der Zeit zu spüren waren.

Fräulein Sabine war schön, ohne zur Verleumdung herauszufordern. Alle Menschen liebten ihr helles, fröhliches Lachen. Die alten Herren vergötterten sie, die jungen fanden sie kalt. Manch einer hatte eine plötzliche Wärme aus ihren Augen empfangen, hatte ein liebliches Zittern ihres Mundes erschaut. Aber blitzschnell war das wieder verschwunden, und an seine Stelle trat ein so unbeherrschter Ausdruck der Enttäuschung, daß die Wirkung höchst peinlich war.

Als sie zweiundzwanzig Jahre alt war, bewarb sich ein junger Gutsbesitzer um ihre Hand. Sie sah ihn aufmerksam an, während er zu ihr sprach. Und als sie begriff, daß es sein Ernst war, rötete sich ihre Stirn vor Zorn, und sie entließ ihn mit einer Handbewegung, die nicht mißzuverstehen war.

Drei Monate später wurde ihr eine Liebeserklärung von einem Manne zuteil, den sie seit ihrer Kindheit gekannt und stets sehr gern gehabt hatte. Sein Antrag verwirrte sie und machte sie sehr unglücklich. Und sie sagte ihm, daß sie nicht seine Frau werden könne. Eine Stunde, nachdem er fortgegangen war, besuchte sie ihn in seiner Wohnung. „Kommen Sie," sagte sie. „Lassen Sie uns zusammen ausgehen." Und sie gingen durch die Stadt, speisten in einem Restaurant zu Mittag und saßen lange auf einer Bank in den Anlagen. Sie nahm seinen Arm und sah ihm ins Gesicht, während er sprach und sie sprach. Als er sie einmal darauf aufmerksam machte, daß sie die Leute anstarrte, sah sie ihn verwundert an, lächelte und preßte seinen Arm an den ihren. Es war Abend, als die beiden sich an Sabines Haustür trennten. Sie hatten sich ausgesprochen, und ein Mißverständnis war nun nicht mehr möglich. Er reiste ins Ausland und kehrte nicht wieder zurück.

Die Leute hatten sie natürlich zusammen gesehen, und Fräulein Sabine lenkte die Aufmerksamkeit auf sich. Man fragte, auf was sie denn eigentlich hinaus wolle. Man fand sie kokett. Doch sie selbst machte sich nichts daraus.

*

Ein Jahr verstrich und Fräulein Sabine fand den Mann, den sie liebgewinnen konnte.

Es war eine der bestbekannten Persönlichkeiten der Stadt, ein berühmter Schriftsteller; und sein Ruf war so, wie der Ruf von Männern, die mitten in der Oeffentlichkeit stehen, zu sein pflegt. Zahllose Geschichten waren über ihn im Umlauf. Alle Welt wußte Bescheid über sein Leben und Treiben. Nur wenige kannten ihn wirklich, aber diese wenigen ehrten und schätzten ihn.

Fräulein Sabine traf ihn zufällig im Walde, wo er zu der Gesellschaft stieß, in der sie sich befand. Sie hatte ihn natürlich schon oft gesehen, aber erst jetzt wurde er ihr vorgestellt. Er schenkte ihr nur wenig Beachtung, aber sie ihm desto mehr. In der Gesellschaft war auch eine Dame, die man allgemein für seine Geliebte hielt. Fräulein Sabine war von der Wahrheit des Gerüchts überzeugt und beobachtete die beiden scharf.

Von diesem Tag an war ihr Schicksal besiegelt. Und sie wußte das und arbeitete ihm ruhig und froh in die Hände.

Sie suchte so oft als möglich mit dem Geliebten zusammenzutreffen, was ihr nicht schwerfiel. Im Frühjahr sahen sie sich drei- bis viermal, dann trennten sie sich für den Sommer: sie reiste nach Jütland und er nach Norwegen. Nach ihrer Rückkehr trafen sie sich fast täglich.

Sie erschien ihm als das Weib, das unter andern Umständen sein Glück hätte werden können. Mit Kummer, Freundschaft und aufteimender Verliebtheit in seltsam wechselnder Mischung erkannte er das. Sie verstand ihn recht gut und richtete sich darnach. Sie wollte ihn gewinnen, koste es, was es wolle.

So kam sie natürlich immer mehr in den Mund der Leute. Mit der Zeit wußte sie dann sein Interesse zu erwecken. Sie fühlte die leisesten Schwingungen seines Wesens und lernte sie mit vollkommener Genauigkeit deuten. Sie wußte es auch sofort, als er mit seiner Geliebten brach. Weder er noch sie sprach davon. Aber von diesem Tag an war sie froher und glücklicher und machte auch durchaus kein Hehl aus ihrer Freude. Er dagegen wollte ihr Hoffnung, daß sie zu jung und frisch für ihn sei und daß seine Seele nicht überfüllt gewesen sei von dem Verhältnis, das er soeben abgebrochen hatte und dessen Häßlichkeit er andeutete, ohne etwas Positives zu erzählen.

Auch sie gab ihm keine direkte Antwort, war bloß froh und vertrauensvoll, und ihre eigne Gesundheit wirkte auch auf ihn.

Eines Tages ließ er plötzlich alle Schen fahren und erzählte ihr sein Leben, wie es war. Ihre Hand hielt er während der ganzen Zeit in der seinen.

Er schonte weder sie noch sich sofort. Und als er seinen Bericht beendet hatte, küßte er ihr die Hand und sagte, das Gesicht über sie gebeugt:

„Fräulein Sabine . . . wollen Sie . . . Ich . . ."

Aber sie zog freundlich ihre Hand zurück:

„Noch nicht."

Ein paar Monate verstrichen. Und seine Stirn wurde täglich heller. Dann reiste Sabine mit ihrer Mutter ins Ausland. Nach ihrer Rückkehr schickte sie ihm ein paar Zeilen: ob er nicht zu ihr kommen wolle. Der Bote brachte ihr den Bescheid zurück, daß er in Helsingör sei. Sie reiste sofort hin, nachdem sie ihn telegraphisch gebeten hatte, an die Bahn zu kommen. Er holte sie ab, und sie gingen nach Snekkersten und suchten sich einen Wiesenabhang, wo sie vor Wind und Menschen geschützt waren.

Er zog sie an sich und küßte sie. Und sie lehnte ihren Kopf an seine Schulter und bat ihn, sie anzuhören.

„Es kommt alles darauf an, ob Du mich verstehen kannst. Du mußt mir erlauben, daß ich alles sage, wie es ist . . . Ich hab ja nie darüber gesprochen . . . Mit wem sollt ich denn? . . . Es ging ja auch niemand was an — früher."

Und sie begann zu erzählen, welche Vorstellungen sie vor der Liebe gehabt habe, seit sie zu denken angefangen.

„Es gab eine Zeit, da hab ich mit Angst und Entsetzen ans Heiraten gedacht. Ich hatte viel gelesen . . . und die Liebe erschien mir brutal. Und ich hatte niemand, dem ich mein Herz hätte ausschütten können. Mutter sprach mit ihren Töchtern natürlich nie über diese Dinge. Mit meinen Schwestern und Freundinnen war es anders. Ich glaube, sie haben nie eine so hohe, kindliche Vorstellung von der Liebe gehabt, wie ich sie aus den alten Büchern gewonnen. Und darum schmerzte es sie nicht, als das Neue, Brutale kam . . ."

Sabine umfaßte seinen Kopf plötzlich mit ihren Händen und sah ihn lange an. Und er zog sie an sich und küßte sie innig.

„Und dann?" fragte er.

„Ja," erwiderte sie, „dann gewann ich ein anderes, tieferes Verständnis . . . O, Du wirst es sicherlich seltsam finden, daß ich Dir das alles sagen kann . . . Und doch muß ich mit Dir gerade heute von meinen Jungfrauenträumen sprechen. Ich könnt' es nir nicht denken, Dein zu werden, wenn Du nicht wüßtest, wie ich war! Ich habe ja nichts zu erzählen . . . außer meinem Ich . . . Nur in mir selbst hab ich gelebt; aber kein Mann versteht wohl das Leben eines jungen Weibes."

„Du kleine Träumerin!"

„Ja — damals. Aber ich will Dir ja eben erzählen, wie ich dem Traum entrann . . . oder wie aus den Träumen Leben ward . . . Ich geriet wieder ins rechte Fahrwasser, die Angst vor all dem Häßlichen verlor sich, und meiner Jugend schöner Glaube an die Liebe lebte von neuem in mir auf, diesmal aus meinem eignen Blut erwachsen . . . Nun leg ich meinen Kopf auf seine Knie und seh Dich nicht an, während ich Dir alles sage."

Sie streckte sich im Sand aus, legte den Kopf auf seine Knie und schaute über das blanke Wasser hin. Er schwieg, blickte nur unverwandt auf ihr Antlitz und strich ihr über das schwere Haar, während sie fortfuhr:

„Du bist der Sinn meiner Träume, meiner Sehnsucht . . . Ich weiß nichts vom Mann . . . ich weiß nur von meiner Sehnsucht. Du magst alt oder jung, häßlich oder schön sein — Du bist es, der mich genommen hat . . . mit allem, was ich bin und habe."

„Ich glaube nicht an ewige Liebe," sagte er.

„Aber Du glaubst augenblicklich an mich. Vielleicht werde ich, wenn ich glücklich bin, Deine letzte Geliebte."

„Du wirst meine Frau."

„Vielleicht!" sagte sie seltsam kurz.

Er war erstaunt, antwortete aber nicht. Eine Weile saßen sie schweigend da. Dann strich sie sich über die Stirn und schüttelte den Kopf:

„Alles in mir ist Dein . . . Mein Leben und all mein Glück habe ich auf Dich gesetzt . . . Ich möchte nicht Gefahr laufen, es zu verlieren."

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170612-10/fragment/page=0005

Etätten der geistigen Jugendernährung, die Schulen, sich selbst erhalten, oder gar noch einen Ueberschuß abwerfen müßten.

Die körperliche Ernährung sollte vom gleichen Standpunkt aus betrachtet und behandelt werden. So sind die Gebühren für das auswärts geschlachtete Fleisch zu hoch. Man stelle sie gleich mit den Abgaben für hier geschlachtete Tiere und man wird eine stärkere Zufuhr erzielen. In andern Städten ist man schon vor dem Kriege dazu übergegangen, die der Ernährung dienenden kommunalen Unternehmungen ohne Ueberschüsse arbeiten zu lassen, und überall hat sich gezeigt, daß der dagegen erhobene Einwand, die Gebühren seien so gering, daß ihr Wegfall keinen Einfluß auf die Detailpreise habe, nicht zutreffend gewesen ist, sondern daß der Gebührenwegfall ein Heraufgehen der Preise, wenn auch in bescheidenen Grenzen, zur Folge hatte.

Es wird zu erwägen sein, ob nicht auch in Halle nach dieser Richtung vorzugehen ist. So groß ist das Loch, das durch den Wegfall der Betriebsüberschüsse aus Schlacht- und Viehhof nebst Fleischverkaufshalle in den Haushalt gerissen würde, nicht — alles in allem sind es 55 000 Mark — daß, es sich nicht ohne Schwierigkeiten auf andre Weise ausfüllen ließe. —

Darf der „Leinpfad" betreten werden?

Die Saale wird bekanntlich, soweit sie schiffbar ist, von einem „Leinpfad" begleitet. Im Stadtgebiet Halle zieht sich der Leinpfad ab Trotha auf der Ostseite der Saale entlang: Schleuse, Lüttichs Schneidemühle, längs der Klausberge, Saalschloßbrauerei, Amtsgarten, Giebichensteiner Straße. Dann geht er weiter längs der Ziegelwiese und der Würfelwiese westwärts der Saale, Pulverweiden und Ratswiese gleicher Richtung, Rabeninsel linker Hand, dann bei Wörmlitz ab Huchs Fährt usw. auf der Ostseite der Saale. Obwohl der Leinpfad bei der heutigen Beförderung der Lastkähne so gut wie nicht seiner Zweckbestimmung entsprechend benutzt wird (nämlich zum Begehen durch die Schiffer beim Ziehen der Kähne an der Leine), so besteht er doch mit seinen alten Rechten weiter. Nicht selten ist eine Warnungstafel angebracht, nach der das Betreten des Leinpfads verboten ist. Unterhalb des Volksparks befindet sich an einer hölzernen Mühlgrabenbrücke ein Schild, nach dem das Betreten der Leinpfadbrücke nur dem schiffahrttreibenden Publikum gestattet ist. Das hindert nicht, daß die Brücke zuweilen häufig von einigen Tausenden von Personen begangen wird.

Kann nun tatsächlich das Betreten des Leinpfads durch Spaziergänger verboten werden? Nach den gegenwärtigen Vorschriften: Ja. Vor einiger Zeit wurden Personen in der Pulverweiden von Polizeibeamten von dem Uferweg gegenüber den Weingärten mit dem Bemerken verwiesen, das sei ein Leinpfad und dürfe nicht von Unberechtigten begangen werden. Die hiergegen erhobene Beschwerde wurde zurückgewiesen mit der Begründung, der dem Wasserbaufiskus unterstehende Leinpfad dürfe tatsächlich nur von Schiffern, die Lastkähne ziehen, beschritten werden. Eine solche Praxis ist gegenwärtig, wo keine Rede mehr davon sein kann, daß durch das Betreten die Schiffer in ihrem Erwerb gestört werden, unverständlich. An manchen Stellen ist der Pfad (wie die Brücke am Volkspark zeigt) ein so notwendiger Verkehrsweg, daß schon die Warnungstafel komisch wirkt. Deshalb sollte auch hier neuorientierend „freie Bahn" gewährt werden. —

Zur Parteispaltung in Halle.

Mißglückte Ausrede. Vor kurzem wurde dem „Vorwärts" aus Jena berichtet, dort suchten die Unabhängigen die zur Partei haltende „Weimarische Volkszeitung" auf alle Weise zu ruinieren. Sie hätten von Haus zu Haus für das Hallische „Volksblatt" agitiert, allerdings ohne damit einen irgend nennenswerten Erfolg zu erzielen. Schließlich sei der Sprachlehrer Höllein, der Führer des Jenaer Häufleins Unabhängiger, zum Oberbürgermeister gegangen und habe diesen ersucht, es möchten der „Weimarischen Volkszeitung" die amtlichen Bekanntmachungen entzogen werden, weil sie sonst das Blatt „nicht klein kriegen" könnten. Die Arbeiter müßten die „Weimarische Volkszeitung" wegen der Bekanntmachungen halten. Das würde mit einem Schlag anders werden, wenn die amtlichen Bekanntmachungen nicht mehr in der „Weimarischen Volkszeitung", sondern im Hallischen „Volksblatt" veröffentlicht würden. — Der Oberbürgermeister ging auf den Vorschlag nicht ein und soll über das Ansinnen recht erstaunt gewesen sein.

Gegen diese Meldung des „Vorwärts" ist nun dem Hallischen „Volksblatt" eine Berichtigung aus Jena zugegangen, die gar nicht berichtigt, sondern nur auf die „Neuorientierten", das sind wie Anbänger der sozialdemokratischen Partei, und insbesondere auf den Genossen Leber (Jena) schimpft, der über den Herrlinsell Höllein sich in der „Weimarischen Volkszeitung" geäußert hatte. Der Verfasser der „Berichtigung" im Hallischen „Volksblatt" scheint Höllein selbst zu sein, zu dessen Kennzeichnung der „Vorwärts" mitgeteilt hatte, schon vor dem Kriege sei ihm wegen Verleumdung von Parteigenossen die Beleidigung von Ehrenämtern in der Partei aberkannt worden. Er stellt in seiner „Berichtigung" nicht in Abrede, beim Oberbürgermeister vorstellig zu haben, der „Weimarischen Volkszeitung" die Bekanntmachungen zu entziehen, weil sie sonst das Blatt „nicht klein kriegen" könnten. Wenn Leber, wie die Zuschrift an das Hallische „Volksblatt" behauptet, in seiner Polemik gegen Höllein auf dessen Soldatenverhältnis angespielt und hervorgehoben hat, daß Höllein sich jetzt auf Urlaub befinde, so wäre das eine grobe Ungehörigkeit. Auch wenn, wie es scheint, Höllein zu den Personen gehört, die andre Leute durch die Niedrigkeit ihrer Kampfesweise bis zur Wut reizen können, wäre die Anspielung durchaus zu mißbilligen. Welcher würdige Europäer aus Höllein spricht, zeigt die Zuschrift an das Hallische „Volksblatt". Obwohl doch wirklich weitere Parteikreise an dem kleinen Zwischenfall unbeteiligt sind, redet er im allgemeinen von „Regierungssozialisten", von „Umlernesozialisten", von „Sozialimperialisten", von „Scheidemann-Vorstand" usw. Dabei passiert ihm ein Mißgeschick. Um Leber eins zu versetzen, zeilt Höllein mit, der „vom Scheidemann-Vorstand besoldete" Leber habe erklärt, falls er im Reichstag wäre, würde er sich unbedingt der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen haben. Unabsichtlich erkennt Höllein da an, daß es erlogen ist, zu behaupten, der Parteivorstand werfe alle aus der Partei, die zu den Unabhängigen stehen. Denn der Parteivorstand weiß längst, wie Leber denkt. Trotzdem fällt es ihm nicht ein, Leber vom Posten eines Parteibezirkssekretärs zu entfernen. Nur wenn Leber der Zerreißung der Organisation teilgenommen hätte, wäre er selbstverständlich auf seinem Posten unmöglich geworden. Reden, denken, schreiben kann jeder, was er will; nur muß er die Finger lassen von der Zerstörung der organisatorischen Parteieinheit. Wir danken dem Holleir und dem Hallischen „Volksblatt" für die Anerkennung der Objektivität des „Scheidemann-Vorstandes", wenn diese Anerkennung auch nicht beabsichtigt war, sondern im blinden Eifer erfolgt ist. Das Hallische „Volksblatt" widerlegt dadurch am besten, was es hundertmal behauptet hat. —

Ein unabhängiger Held. In Braunschweig hat der frühere Parteiangestellte Fläming, ein frummer Unabhängiger, an die Expedition des „Volksfreundes" mit verstellter Handschrift Postkarten geschrieben und um den Namen von Austrägern unterzeichnet, in denen letztere sich weigern, weiter für das Blatt tätig zu sein. Fläming hat sich damit eine Anzeige wegen Urkundenfälschung zugezogen. Sein Aerger, daß es gar nicht gelingen will, das Hallische „Volksblatt" an Stelle des „Volksfreundes" im Braunschweig einzuführen, wird ihm wenig als mildernder Umstand dienen können. —

— Deutsches Gartenland. Ueber den Umfang des heimischen Gartenbaues gibt eine neure Statistik bemerkenswerte Aufschlüsse. Nach der Erhebung über die Bodenbenutzung vom Jahre 1913 stellte sich die Gesamtfläche der Hausgärten, Obst- und Gemüsegärten einschließlich der Baumschulen und der privaten Parkanlagen im Deutschen Reich auf 536 552 Hektar oder fast genau 1 Prozent der Gesamtoberfläche. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen durchschnittlich je 80 Quadratmeter Gartenland. Die Entwicklung des Gartenbaues zeigt in den einzelnen Gegenden beträchtliche Unterschiede. Unter ungünstigen klimatischen Bedingungen tritt er zurück, in der Nähe der Großstädte und in den Industriebezirken erreicht er eine besonders starke Entwicklung. Am spärlichsten finden wir das Gartenland in der Provinz Ostpreußen vertreten. Hier macht es nur 0,49 Prozent der Gesamtfläche aus; ja im Regierungsbezirk Allenstein, im Gebiete der masurischen Seen, sogar nur 0,32 Prozent! Dagegen beläuft sich im Königreich Sachsen der Anteil des Gartenlandes auf 2,75 Prozent der Gesamtfläche, in der Kreishauptmannschaft Leipzig sogar auf 3,10 Prozent. Die beiden gartenreichsten Bezirke des Deutschen Reiches endlich sind das Gebiet der Stadt Hamburg und der Stadtkreis Berlin mit 4,08 Prozent und 4,72 Prozent Gartenland. Wesentlich anders gestaltet sich das Bild, wenn wir vergleichen, welche Flächen Gartenland in den verschiedenen Gegenden auf jeden Einwohner kommen. In diesem Falle erweist sich als das gartenreichste Gebiet das Großherzogtum Oldenburg: hier stehen jedem Bewohner 218 Quadratmeter Gartenland zur Verfügung. Es folgen die beiden Mecklenburg mit etwa 200 Quadratmetern, das rechtsrheinische Bayern mit 143 Quadratmetern und Schleswig-Holstein mit 137 Quadratmeter Gartenland auf den Kopf der Bevölkerung. Viel geringer sind die Gartenflächen, die der Bevölkerung der dichtbesiedelten Industriegebiete zur Verfügung stehen. Im Königreich Sachsen sind es nur noch 85 Quadratmeter; Sachsen bleibt mit dieser Zahl sogar hinter Ostpreußen zurück, wo immer noch 88 Quadratmeter Gartenland auf den Bewohner entfallen. Im Rheinland verringert sich der Anteil auf 51 Quadratmeter, in Hessen-Nassau und im Großherzogtum Hessen sind es nur 49 Quadratmeter. Am ungünstigsten sind aber die Hansestädte und die Reichshauptstadt gestellt. Obwohl von ihrem Gebiet ein sehr hoher Prozentsatz der Gartenkultur dient, sind die Gartenflächen, die hier auf den Einwohner kommen, zum Teil erschreckend gering: im Staate Bremen 20 Quadratmeter, in Hamburg 17 Quadratmeter, im Stadtkreis Berlin endlich — knapp 1½ Quadratmeter! Unter 50 bis 100 Großstadtfamilien befindet sich erst eine einzige im Besitz eines Gartens. Die Zahlen der Statistik reden eine ernste Sprache von der Not des Menschengeschlechts in den Steinwüsten der Großstädte. Durch die Entwicklung der letzten vier Jahre, namentlich aber beeinflußt durch den Weltkrieg, dürften die angegebenen Zahlen wohl eine bedeutende Veränderung erfahren haben. —

— Beurlaubung von Arbeitern der Heeresverwaltung. Amtlich wird gemeldet: In den Betrieben der Heeresverwaltung dürfen auch in diesem Jahre Arbeiter, auch solche mit kürzerer als 7jähriger Beschäftigungszeit, für 4 Tage, in besondern Fällen für mehr als 4 Tage, beurlaubt werden, wenn die Dienstverhältnisse es irgend zulassen.

*** Aus dem Polizeibericht.** Am Sonnabend scheuten aus unbekannter Ursache auf dem Hof eines Grundstücks in der Lauchstädter Straße zwei vor einen Wagen gespannte Pferde. Sie liefen nach der Straße, zerbrachen einen Baumpfahl und bogen den daran befindlichen Baum um. Auch die Wagenstange zerbrach. Sonstiger Schaden entstand nicht. — In einem Seitengebäude der Kleinen Ulrichstraße entstand ein Dachstuhlbrand, den die herbeigerufene Feuerwehr nach 1¼stündiger Tätigkeit zu löschen vermochte. Das Feuer entstand dadurch, daß ein 10 Jahre alter Schüler, der mit einem offnen Licht in einer Bodenkammer etwas suchte, leicht entzündlichen Gegenständen zu nahe kam. — Am Moritzzwinger brach die Feder eines mit Eisen beladenen Fuhrwerks. Der Straßenbahnverkehr wurde hierdurch etwa 17 Minuten gestört. — Sonnabend gegen Abend wurde in die Kellerräume eines in der Ludwig-Wucherer-Straße wohnenden Bäckermeisters eingebrochen. Es wurde nichts gestohlen, da der Dieb bei Ausführung seiner Tat gestört wurde. — In der Nacht zum Sonntag wurden aus einer Fabrik in der Ludwig-Wucherer-Straße fünf große Treibriemen im Werte von etwa 1000 Mark gestohlen. — In der Rannischen Straße wurde in der gleichen Nacht die Fensterscheibe einer Vorkosthandlung eingeschlagen und aus dem Schaufenster drei Brote entwendet. — In der Leipziger Straße stürzte am Sonntag das Pferd eines Fleischermeisters und brach das rechte Vorderbein. Es wurde auf ein Hofgrundstück gebracht und dort abgeschlachtet. — Am Saalweder wurde eine etwa 20 Jahre alte weibliche Leiche aus dem Wasser gezogen. Vermutlich kommt ein Hier wohnhaftes und seit dem 8. Juni vermißtes Dienstmädchen in Frage. — Später wurde an der Cröllwitzer Brücke die Leiche eines am 7. Juni von einer Gondelpartie nicht zurückgekehrten Mädchens geländet. Die beiden Toten wurden dem Gertraudenfriedhof zugeführt. —

Ammendorf. (Zur Gemeindewahl.) Am Sonntag fand hier eine von 22 Personen besuchte Gemeindewähler-Versammlung statt. Stadtv. Osterburg (Halle) sprach über das sozialdemokratische Kommunalprogramm in faßlicher und wirksamer Weise. Einleitend hatte er bemerkt, bei den Wahlen zur Gemeindevertretung dürfe nicht persönliche Sympathie oder Antipathie maßgebend sein, sondern stets müsse der Geeignetste gewählt werden, sonst erleide die Arbeiterschaft Schaden. In längeren Ausführungen ging er dann auf die Parteispaltung ein, wobei er die Anhänger der alten Partei als „nicht mehr wirklich sozialdemokratisch" bezeichnete und wiederholt hervorhob, die große Masse mache es nicht, sondern ein kleines Häufchen lärmender und fester Köpfe ist besser. Die neue Partei habe die Aufgabe, „die Masse wieder aus dem Sumpfe zu reißen, in den sie geraten" sei. In der Debatte ergriff, da sich kein Anwesender aus dem Orte meldete, zunächst Ad. Thiele (Halle) das Wort. Er erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten zu unserm Kommunalprogramm durchaus einverstanden, erinnerte ihn allerdings als Revanche für seine frühern Seitenhiebe auf unsre alte Partei daran, daß das von ihm so warm vertretene Kommunalprogramm in der Hauptsache das Werk zweier Genossen (Dr. Lindemann und Dr. Südekum) sei, die zu denen gehören, die nach der Meinung des Referenten die Arbeiterbewegung „in den Sumpf geführt" haben. Völlig verschroben sei die Meinung des Referenten vom „kleinen Häufchen" und der „großen Masse". Die Sozialdemokratie sei stolz darauf, eine Massenpartei zu sein. Natürlich könne nicht jeder, der sich uns zum erstenmal schüchtern nahe, gleich den Sozialismus ganz verstehen; unsre Aufgabe sei es, das nach und nach zu erzielen. Referent werde nicht einmal von seinen jetzigen nähern Freunden behaupten wollen, daß sie den Sozialismus voll beherrschen. (Osterburg hat im weitern Verlauf der Debatte erklärt, so habe er das Wort vom kleinen Häufchen nicht gemeint, aber geäußert hat er sich wiederholt so, und zwar in verschiedenen Varianten.) Gefreut habe sich Thiele, so fuhr dieser fort, daß der Referent an der Spitze seiner Darlegungen die Forderung gestellt habe, bei den Wahlen dürften nicht persönliche Freundschaft oder Feindschaft entscheiden, sondern immer sei der Geeignetste zu wählen. Zu diesen Geeignetsten gehöre ohne Zweifel Gen. Pösche, der bereits seit langen Jahren in der Gemeindevertretung gesessen und die Interessen der Arbeiter aufs beste vertreten habe.

Genosse Pösche erinnerte daran, daß er seit 18 Jahren in der Gemeindevertretung von Ammendorf gesessen habe und immer nach Kräften für die Arbeiter eingetreten sei. Stets habe ihm unser Kommunalprogramm als Richtschnur gedient, und manches habe er erreicht, was anderwärts noch zu erkämpfen sei. Klagen über seine Tätigkeit seien niemals laut geworden. Von Anfang an habe er zu den „Revisionisten" gehört und er stehe fest zur alten Partei. Wolle man ihn deshalb jetzt nicht wieder aufstellen, so werde er sich zwar ärgern, weil ihm grundlos das Vertrauen entzogen werde, doch persönlich werde er von einer Menge Arbeit entlastet.

Als Versammlungsleiter betätigte Jähnig, der seit 1914 neben Pösche im Gemeinderat sitzt, daß Pösche voll seine Pflicht den Arbeitern gegenüber erfüllt habe. — Osterburg rückte dann offen mit der Sprache heraus, Pösche werde nicht wieder aufgestellt, weil er nicht zur unabhängigen Sozialdemokratie gehöre. Thiele rief dazwischen: Ist das Euer Grundsatz, so werden auch wir uns darauf einrichten müssen und Euer Kumert geht uns nichts mehr an. — Osterburg: Wenn ich auf Eurer Seite stände, würde ich sagen: Ehe ich das Mandat den Gegnern ausliefere, verzichte ich lieber. — Thiele: So sieht Euer aus! (Heiterkeit.) — Wolf: Pösche wird eben nicht aufgestellt, weil er nicht mehr zu unsrer Partei gehört. Es ist auf unserm Kreistag beschlossen worden, bei Wahlen keinen von der andern Partei aufzustellen.

Thiele: Selbstverständlich können wir Pösche auch ohne Euch aufstellen. Die voraussichtliche Folge wird sein, daß weder Euch noch uns die Mandate zufallen. Dann aber kommt nicht etwa mit der Klage, wir hätten den Gegnern die Mandate in die Hände gespielt. Ihr allein tragt vielmehr die Schuld. Indessen empfiehlt es sich, daß dem Genossen Pösche eins der drei Mandate eingeräumt wird. Und da alle anerkennen, daß er im vollsten Umfang seine Pflichten erfüllt hat, müßte Osterburg, wenn er zu seinen eignen Worten stehen will, für diesen Vorschlag eintreten; denn Pösche ist uns der geeignetste. — Osterburg: Ich habe persönlich nichts gegen Pösche. Aber er kann nicht wieder aufgestellt werden, weil er nicht zu uns gehört und wir auch keinen Liberalen oder Konservativen aufstellen können. — Löschke: Gehen die Mandate verloren, so wollen wir lieber ehrenvoll unterliegen, als uns durch ein Kompromiß retten.

Damit war die Aussprache beendet. Bei Aufstellung von drei Kandidaten dritter Klasse wurden für Ammendorf gewählt Jähnig, Mitsching und Stiebitz, für Brosen Fuchs, Wagner und Konrad. Bei der Abstimmung enthielt sich wohl die Hälfte der ohnehin schwach besuchten Versammlung der Stellungnahme. —

Aus der Parteibewegung.

Wie der „unabhängige" Franz Mehring für den Frieden wirkt. Die „Berner Tagwacht" hat den Brief veröffentlicht, den Franz Mehring am 2. Juni nach Petersburg an Dazichejde gerichtet hat, mit der Bitte, das Schreiben dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Presse mitzuteilen. In diesem Schreiben lehnt die Gruppe Internationale, eine Unterabteilung der „Unabhängigen Sozialdemokratie", die Teilnahme an dem Friedenskongreß in Stockholm ab. Zur Begründung führt Mehring wörtlich aus:

„Als deutsche Sozialdemokraten protestieren wir aus schärfste dagegen, daß die sogenannte Mehrheit, d. h. die um den Parteivorstand gruppierten Regierungssozialisten, sowohl aus prinzipiellen wie aus Zweckmäßigkeitsgründen zu dieser Konferenz zugelassen werden. Wir lehnen jede Beteiligung an einer Beratung mit diesen Elementen ab und fordern unsre russischen Freunde und Gesinnungsgenossen dringend auf, im Interesse eines proletarischen Friedens wie auch der Wiedergeburt einer wirklichen sozialistischen Internationale ebenfalls die Zulassung der deutschen Mehrheit mit allen Kräften abzuwehren."

Natürlich haben die russischen Genossen diesem Schreiben keinerlei Folge gegeben. Wenn einzelne deutsche Oppositionsleute in den Zustand der Unzurechnungsfähigkeit gelangt sind, dürfen sie nicht annehmen, daß besonnenere Männer gleichfalls in diese Krankheit verfallen. Ob es mehr auf Gewissenlosigkeit oder mehr auf Verranntheit zurückzuführen ist, wenn irgendwer „im Interesse eines proletarischen Friedens" einen Brief schreibt wie Mehring, ist schwer zu entscheiden. Aber jeder, der sehen will, muß nun erkennen, wo in Wirklichkeit die Kriegsverlängerer sitzen. Der Brief Mehrings ist ein Dokument von unsrer Zeiten Schande. Höchst auffällig aber ist eine Notiz, die dieser Tage durch die Presse der „Unabhängigen" gegangen ist, nach welcher Haase, Ledebour und die andern Delegierten der „Unabhängigen" ihre Abreise nach Stockholm bis auf weiteres verschoben haben, da ihre Beratungen mit dem internationalen Komitee verschoben worden seien. Davon ist nichts bekannt geworden. Die Beratungen sollten vielmehr in diesen Tagen stattfinden. Sollte es den Mehringleuten gelungen sein, ihre „unabhängigen" Parteibrüder breitzuschlagen, auf die Mitwirkung in Stockholm zu verzichten, so würde zum Glück das begonnene Werk nicht zum mindesten in seinem Fortgange gehindert werden. Aber es würde der Heuchelei die Maske vom Gesicht reißen, die uns des Verbrechens der Kriegsverlängerung zeiht und sich selbst als die einzigen wahren Friedensfreunde hinstellt, die jedoch die einzige sich bietende Gelegenheit absichtlich versäumt, wo die Arbeiter aller Länder sich für baldigen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen aussprechen und einsetzen wollen. Doch nur immer zu. Je toller sie es treiben, desto eher wird ihr trauriges Spiel zu Ende sein. —

Zu welchen Unstimmigkeiten ein unabhängiges Gemüt sich versteigen kann, lehrt die Erfurter „Tribüne". Sie schrieb, der „Vorwärts" habe nun bald ein Jahr lang „die internationale Verhetzung betrieben". Der „Vorwärts" erwidert darauf, daß er nie Völkerverhetzung getrieben habe, daß er mindestens seit Oktober v. J. im Mittelpunkt des Kampfes für Völkerverständigung gegen Völkerverhetzung stehe, wisse in Deutschland jedes politische Kind. Könne sich die Erfurter „Tribüne", wenn sie schon schwindeln will, nach wenigstens innerhalb der Grenzen des einigermaßen Wahrscheinlichen halten?" —

Früchte der Gothaer „Einigung". Die Hallische „Volksstimme" hat bereits einige der liebenswürdigkeiten veröffentlicht, mit denen die Bremer „Arbeiterpolitik" ihre Spanngenossen überschüttet. Haase und Ledebour wurden darin jedes Verrats an der Arbeiterschaft für fähig erklärt; Dittmann wurde direkt ein Esel genannt, der durch sein fortgesetztes ia immer wieder bekennen zu müssen glaube, daß er auch wirklich und ganz zweifellos ein Esel sei, und schließlich war gesagt, die Unabhängige sozialdemokratische Partei sei „vom ersten Augenblick ihres Daseins an eine Verhöhnung des proletarischen Klassenkampfes". — Das mag sich das offizielle Organ der Unabhängigen, das Berliner Mitteilungsblatt, nicht gefallen lassen. Es beschwert sich in seinen neuesten Nummern, daß es „von überreizten Skribenten angekelt" werde, und fügt hinzu:

„. . . Im übrigen warten wir Tag für Tag auf die großen „Taten", die die Bremer im Gegensatz zur Unabhängigen Sozialdemokratie in dieser Kriegszeit vollbringen werden. Glauben diese Leutchen wirklich, daß die deutschen Arbeiter, von denen viele erst das ABC des Sozialismus und die Grundbegriffe des Klassenkampfes lernen müssen, mit solchen überhitzten und verstiegenen Tiraden, mit denen man wohl einem kleinen Kreise intellektueller Fanatiker imponieren kann, zu Massenaktionen und zum Verständnis des Sozialismus erzogen werden können?"

Die Frage ist richtig, aber von dieser Seite sehr unvorsichtig; denn sie fordert zu der Gegenfrage heraus: „Was haben denn die Unabhängigen erreicht?" —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191706 12-10/fragment/page=0006